



# Wortprotokoll

Der 326. Sitzung vom 13. September 1983

## Resoconto integrale

della seduta n. 326 del 13 settembre 1983

VIII. Legislatur  
VIII Legislatura  
1978 - 1983



**CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG**

**S E D U T A    326.    S I T Z U N G**  
**13.9.1983**

**INDICE**

Disegno di legge provinciale n. 247/83: **"Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata"**

**INHALTSANGABE**

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: **"Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau"**

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.10 UHR  
(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta é aperta. Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Dubis, Ladurner-Parthanes e Rella.

Continuiamo con la trattazione del disegno di legge provinciale n. 247/83: "Modifiche all'ordinamento urbanistico provinciale ed alle leggi sull'edilizia agevolata".

Landesgesetzentwurf Nr. 247/83: "Abänderungen des Landesraumordnungsgesetzes und der Gesetze über den geförderten Wohnbau".

Ha chiesto la parola il consigliere Peterlini.

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Danke Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter der Jungen Generation in der Südtiroler Volkspartei möchte ich dem Südtiroler Landtag einen von der JG ausgearbeiteten Vorschlag unterbreiten, der eine neue Sicht der gesamten Wohnbauförderung hinzufügen soll. Die Ausgangslage ist folgende: Wir befinden uns in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Bautätigkeit ist nicht nur wesentlich zurückgegangen, sondern ist nicht imstande die Baukapazität der Unternehmen auszulasten, damit als Folgeerscheinung auch Krisen und wirtschaftliche Schwierigkeiten in Zulieferbetrieben und einen großen Teil der Wirtschaft, die sich auf den Bausektor gestützt hat. Weitere Folgeerscheinung sind Arbeitslose, es ist hier nicht der Platz, weitere Statistiken anzubringen. Wir haben es an anderer Stelle getan. Vor allem das besorgniserregende Problem der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels. Das ist ein Aspekt, der Hintergrund, hinter dem wir operieren müssen. Als wir über die Jugendarbeitslosigkeit, über die Arbeitslosigkeit im allgemeinen im Landtag gesprochen haben war man allge-

mein der Meinung und so ist es auch von uns als Jugendvertretern gefordert worden, daß man alle Maßnahmen, die im Landtag zu treffen sind, alle Maßnahmen, die möglich sind um zumindestens subsidiär die wirtschaftliche Tätigkeit zu beleben, in Angriff nehmen sollte und vor allem auf das Problem der Arbeitslosigkeit ausrichten sollte. Wir waren alle dieser Meinung. Leider ist es so, daß die wirtschaftlichen Instrumente, die großen wirtschaftlichen Instrumente nicht beim Lande, sondern beim Staate liegen und wir eben also nur die Möglichkeit haben, flankierende Maßnahmen zu treffen, aber was möglich ist muß flankierend eingesetzt werden.

Der zweite Aspekt als Hintergrund. Landesrat Benedikter hat hier im Landtag Zahlen verteilt über die Wohnungssituation und sie auch der Presse zur Kenntnis gebracht, auch diese brauchen nicht wiederholt werden. Tatsache bleibt, daß es für junge Familien, aber auch für junge ledige Menschen schwierig ist und immer schwierig geblieben ist in den letzten Jahren in Südtirol, vor allem in den Ballungszentren, aber auch in den Orten draußen eine Wohnung zu finden. Die Folgerung daraus, selbstverständlich, mit allen Mitteln versuchen die Wohnkubatur insgesamt zu heben. Ausgehend aus der Feststellung, je mehr Wohnungen verfügbar sind desto mehr müßten und desto leichter müßte man zu einer Wohnung kommen können und desto mehr müßte auch der Preis, d.h. die Miete im Prinzip fallen. Das große Problem ist ja das, daß durch das knappe Angebot eben der Preis, eine Wohnung zu erlangen, hoch ist. Die Mieten sind geregelt, stimmt, aber der Preis bleibt trotzdem hoch. Ich habe mir von jungen Menschen erzählen lassen, die auf Inserate geantwortet haben, daß sie überhaupt nie eine Antwort bekommen haben, bis sie daraufgekommen sind, wie man es machen muß, um eine Wohnung zu bekommen. Man muß eben anbieten, fünf acht oder zehn Jahre Miete im voraus zu bezahlen, dann bekommt man eine Antwort, ansonsten keine.

Nun gut, wirtschaftliche Schwierigkeiten auf der einen Seite, Wohnungsproblem auf der anderen Seite und das Ziel der sozialen Gesetzgebung, des sozialen Wohnbaues, das bis jetzt angestrebt worden ist und weiter als Ziel bleiben muß, Sozialbedürftigen zu helfen. Ein Ziel, das sich neu herausstellt und das mit unserem Vorschlag angepeilt werden sollte, ist, neben dieser sozialen Förderung unmittelbar desjenigen, der also wirklich in ganz schwierigen Situationen ist, wie diejenigen, die in der ersten Einkommenskategorie sind und zum Teil in der zweiten Einkommenskategorie sind, Maßnahmen zu treffen um die Bautätigkeit allgemein in Südtirol zu haben, um mehr Wohnungen zu schaffen, damit wirtschaftlich die Bautätigkeit anzukurbeln und gleichzeitig auch das Wohnungsangebot zu heben. Womit kann man das tun? Indem man eine neue Schicht mobilisiert, einer neuen Schicht auch eine Unterstützung gibt, die mehr Möglichkeiten hat, den Wohnungsbau in Schwung zu bringen und gleichzeitig damit mit wesentlich weniger, geringeren Mitteln Bautätigkeit angekurbelt werden kann und trotzdem auch ein soziales Ziel erreicht werden kann, nämlich Wohnungen zu schaffen. Der Vorschlag läuft darauf hinaus, eine vierte Einkommenskategorie den bisher drei bestehenden anzufügen. Unmittelbar für fol-

gende zwei Kategorien, einmal für Familien, die die bisherige dritte Einkommensstufe überschreiten, z.B. doppelverdienende Lehrer, Beamten und Angestellte aber auch teilweise Arbeiterfamilien, die nicht wirtschaftlicher Weise gut stehen, sondern ganz im Gegenteil, oft eben so gestellt sind, daß die Frau mitarbeiten muß und durch dieses Muß der Mitarbeit eben die Einkommensgrenze sprengen, zusammen die Einkommensgrenze sprengen. Eine Zielgruppe wäre also diese. Die zweite Zielgruppe sind ledige Menschen, die nicht unmittelbar zu heiraten gedenken, die vorgesehenen Mindestpunkte von 20 bzw. 25 Punkten nicht erreichen können, weil man sie als ledig einfach nicht erreichen kann. Man kann höchstens die Punkte für die Ansässigkeit erreichen und da muß man auch schon mindestens 28 Jahre haben und einige Punkte für das Einkommen. Wenn man allein ist und niemanden zu Lasten hat, sehr wenige, man kommt auf 12, 14, 15 Punkte, 18 Punkte, aber dann ist aus.

Zusammenfassend noch einmal die Ziele, wie beabsichtigt wird, um dann den genauen Vorschlag abzustecken. Erstens einmal Wohnbauhilfe für die Mittelschicht, aber jene Mittelschicht, die sich trotz etwas höheren Einkommens, sprich also doppelverdienende Ehepartner und Familien, niemals ohne Hilfe selbst eine Wohnung bauen oder kaufen könnten.

Zweitens, damit Anregung der Bautätigkeit und der Wirtschaft, mit verhältnismäßig wenigen Mitteln, ich werde gleich sagen warum, weil die Förderung für diese Kategorie klein sein soll und deswegen eine große Eigenleistung erfordert wird. Daraus die Folge: Schaffung von mehr Wohnraum in Südtirol, daß kauf- und baufähigere Schichten mobilisiert werden.

Gleichzeitig, viertens, Anregung des Sparsinns da Eigenkapital notwendig, und schließlich und endlich fünftens standesamtliche Zweckehen vermeiden. Wir wissen, daß das bisherige System so aufgebaut ist, daß diejenigen jungen Leute, die heiraten, fünf Punkte für die Eheschließung bekommen und das ist gut so, weil die Förderung der jungen Familien im Vordergrund unserer Politik stehen soll, und zwei Punkte noch dazu für den Ehegatten, den man eben geheiratet hat, also für das Familienmitglied, das ergibt also sieben Punkte. Tatsache ist auch, daß also in Anbetracht der Wohnbautermine im ganzen Land eine ganze Reihe von standesamtlichen Zweckehen zu verzeichnen waren, die aus dem Grund abgeschlossen wurden, zumindestens vorzeitig aus dem Grund abgeschlossen wurden, um in den Genuß dieser Punkte zu gelangen und damit überhaupt förderungswürdig zu werden.

Wie würde unser Vorschlag aussehen? Schaffung einer vierten Einkommenskategorie mit einem Höchsteinkommen, bereinigtem Höchsteinkommen von 23,9 Millionen. Ich werde gleich begründen warum diese Summe, auch für jene, die die vorgesehenen Mindestpunkte nicht erreichen, aber zu folgenden Bedingungen. Nicht wie bisher, also eine Rückzahlungsquote wie bei der ersten, zweiten, dritten Einkommenskategorie von einer bestimmten Höhe, die dann bei der dritten höher geworden ist, sondern davon abgehen und einfach einen konstanten Zinszuschuß geben dieser Einkommenskategorie von 6% für 10 Jahre auf einen Höchstbetrag von 50 Millionen Lire.

D.h. der Zinszuschuß würde maximal 3 Millionen Lire im Jahr ausmachen können, würde aber, so haben wir errechnet doch etwa 200 Beitragsempfänger mit verhältnismäßig wenig Geld zum Kaufen oder Bauen anregen. Das wäre eine Belastung - für das Land wären es 200 - von 600 Millionen Lire im Jahr, 200 Beitragsempfänger mal 3 Millionen, sind 600 Millionen Lire im Jahr was im Verhältnis zu den gesamten Wohnbaumitteln 132 frische Mittel im Haushalt 1983 bzw. 150 zirka gesamte Wohnbautopf des Jahres des Haushaltes 1983, 132 Milliarden frische Mittel, 150 Milliarden insgesamt Wohnbaumittel im Haushalt, 600 Millionen Lire was ganz ganz wenig ausmacht und doch imstande ist eben durch die Mobilisierung einer etwas kaufkräftigeren Schicht viel Wohnraum zu schaffen. In dieser vierten Einkommenskategorie sollen alle ansuchen können, die die allgemeinen Voraussetzungen zur Wohnbauförderung erfüllen, also nicht im Besitze einer eigenen Wohnung sind oder eigener geeigneter Wohnung sind und die Höchsteinkommensgrenze 23,9 bereinigtes Einkommen nicht überschreiten, auch wenn sie die Mindestpunkte von 20 oder 25 nicht erreichen. Es könnten auch solche in Frage kommen, für diese geringere Förderung, die also wirklich wesentlich geringer ist, die möglicherweise derzeit bei der zweiten Einkommenskategorie oder bei der dritten Einkommenskategorie ansuchen oder ansuchen müssen, sich wohl aber mit einer Förderung der vierten Einkommenskategorie begnügen könnten.

Ich darf noch kurz begründen, warum wir zu der Einkommensgrenze 23,9 Millionen Lire gekommen sind, bereinigtes Einkommen. Die Einkommensgrenzen bisher sind folgende: die erste Kategorie ist das Höchstlimit bereinigtes Einkommen 11,9; die zweite Kategorie Höchstlimit 15,9, also Stufe von 4 Millionen zusätzlich; die dritte Kategorie 19,9, also würde es sich organisch ergeben eben nochmals 4 Millionen dazuzugeben, 23,9 Millionen bereinigtes Einkommen und diese vierte Kategorie dazuzuschreiben.

Es ist uns klar, daß dieser Vorschlag, der zwar öfter in Reden und zwar vor Jahren bereits hier im Landtag angeklungen ist und zwar man müßte bei der Wohnbauförderung auch die Mittelschicht stärker zum Zuge kommen lassen, weil es einfach eine Kluft gibt zwischen jenen, die einkommensmäßig noch in die Förderung hineinfallen und zwischen jenen, die imstande sind aus eigenen Mitteln sich selbst eine Wohnung ohne Hilfe zu bauen. In dieser Kluft drinnen sind eben wie gesagt, die doppelverdienenden Familien oder auch die gesamte Mittelschicht, die zur Zeit zu einem Großteil eben ausgeschlossen ist, Mittelschicht die die Voraussetzungen zum Bauen hätte und eben mit einer kleinen Hilfe wesentlich, also unverhältnismäßig prozentual kleinen Hilfe doch sehr viel Wohnraum dazuschaffen könnte. Es ist dies oft angeklungen in Reden, auch in der Kommission bereits, soweit ich mich zurückerinnern kann, zu Beginn der Legislaturperiode. Es ist dann auch und das soll auch korrekterweise gesagt werden, in einem Vorschlag der Arbeitnehmer, indem es darum ging wirtschaftliche Hilfe den in Not geratenen Arbeitnehmern zu geben, was zur Zeit noch nicht in den Landtag gelangt ist, eine Berücksichtigung in diesem Sinne

vorgesehen worden. Ich muß zugeben, daß zur Zeit trotz etlicher Gespräche und Verhandlungen die politische Basis für dieses neue Programm in diesen Tagen auszuhandeln versucht wird, was ich hoffe, daß wir mit diesem Vorschlag bereits in dieses Gesetz kommen, aber auf jeden Fall festzuhalten ist, daß, wenn es auch für die gebotene Eile, mit der jetzt alle an diesem Gesetz arbeiten wollen und vorantreiben wollen, Wirtschaft, Arbeitnehmer usw. trotzdem gut wäre auch für Herrn Landesrat Dr. Benedikter sich noch näher damit auseinanderzusetzen und es in dieses Gesetz einzuarbeiten. Auf jeden Fall aber soll festgehalten werden, daß dieser Vorschlag, erarbeitet von der Jugendorganisation in der Südtiroler Volkspartei, ein wichtiger programmatischer Schwerpunkt für die Wohnbauförderung werden muß.

Ich hätte nur noch einen Wunsch hinzuzufügen, einen Wunsch, der wohl für die nächste Legislaturperiode gelten muß, es ist zu Recht beklagt worden vom Kollegen Lunger, daß die laufende Überarbeitung des Wohnbaugesetzes, Raumordnungsbestimmungen eine unübersichtliche Zahl von Artikeln und Berufungen wiederum auf andere Artikel und andere Gesetze die gesamte Materie sehr unübersichtlich und schwierig gestaltet haben. Es war notwendig Kollege Lunger, weil, wie wir wissen, 1972 ist die Autonomie gekommen und vorher hatten wir bereits im Wohnbaugesetz aufgrund der alten Autonomie, Kleinsparergesetz, es wurden dann neue Bestimmungen aufgenommen, es war ein neues Recht, das geschaffen werden mußte. Wir loben immer das alte römische Recht, aber auch die alten Römer haben Jahrhunderte gebraucht um dieses Recht auszuarbeiten. Südtirol hat ein Recht, das aufgrund der Autonomie eben auf 1972 und bruchweise und stückweise auf 1948 zurückgeht, neu geboren worden ist, sich erst ausprobieren muß an der Realität und logischerweise immer wieder auf Schwierigkeiten stößt und eben wiederum Abänderungen braucht. Aber die Kritik stimmt trotzdem. Es ist sehr unübersichtlich geworden, nicht nur für die Laien, für die ist es kaum noch lesbar geworden, sondern auch für Eingeweihte, auch für uns Abgeordnete ist die Materie sehr sehr schwierig und unübersichtlich geworden, so daß also dieses Ersuchen, das vor allem für die nächste Legislatur gelten wird, von Anfang an ein einheitliches Gesetz zu erarbeiten, einen Text, da ist mit einem Einheitstext nichts mehr getan, denn auch bei einem Einheitstext gibt es X Berufungen auf verschiedene Gesetze bereits, ein einheitlicher Text, der wäre in einer Fassung eben alle Bestimmungen bringt. Das wäre, glaube ich, ein Wunsch im Sinne unserer Bevölkerung.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Danke Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in den letzten Jahren zum Problem geförderter und sozialer Wohnbau öfters Stellung genommen. Ich kann mich erinnern, bereits von den Jahren 1974 herauf immer wieder. Ich war selbst einige Jahre im Landeswohnbaukomitee, so daß ich mich direkt auch mit diesem Problem befassen konnte. Ich habe in Vergangenheit grundsätzliche Aussagen gemacht, grundsätzliche Probleme aufgeworfen, grundsätzliche Forderungen gestellt.

In dieser Richtung hat sich nichts geändert. Ich habe in einer Reihe von Anträgen zu den Gesetzen, Beschlüßanträgen und Anfragen immer wieder auch zu Fragen des geförderten und sozialen Wohnbaues Stellung bezogen. In Einzelfällen ist mir auch ein Erfolg beschieden worden, bereits bei der ersten Änderung des Reformgesetzes im Oktober 1974. Heute allerdings kann ich zu einigen Punkten klarer und offener Stellung nehmen wie früher. Der vorliegende Gesetzentwurf mit seinen 70 Artikeln enthält im großen und ganzen Streichungen, Änderungen zu bereits bestehenden Gesetzen bzw. Artikel von bereits bestehenden Gesetzen, es sind aber in Details auch Einschnitte drinnen, auf die ich im Detail nicht weiter eingehe, so z.B. daß der Bau von den konventionierten Wohnungen von 65 auf 38 reduziert werden kann, die Bindung von 20 auf 10 Jahre zurückgeht, die Zweckbestimmungen der Gebäude, die Baukostenabgaben, Neuregelung des Wohngeldes usw. Trotzdem muß gesagt werden, daß bestimmte Änderungen sicherlich notwendig geworden sind, weil bereits Maßnahmen gesetzt wurden, so z.B. die Termineröffnung vom 1. Juni.

Besonders hervorheben möchte ich, daß ein größeres Gewicht auf die Sanierung, auf die Wiedergewinnung von Wohnraum, von Altbauten gelegt wird. Sicherlich war dies auch in vergangenen Jahren möglich. Nun aber sollen die betreffenden Bestimmungen gelockert werden. In der Vergangenheit, in der Zeit der Hochkonjunktur auf dem Bausektor war auch kaum ein Betrieb, eine Baufirma für Sanierungszwecke zu finden. Also, man hatte Schwierigkeiten, wir wissen die Schwierigkeiten, die damals auch für Neubauten das Wohnbauinstitut hatte geschweige noch für Sanierungsarbeiten, aber trotzdem muß erwähnt werden, daß wenn man die Sanierungsarbeiten des Städtchens Glurns ansieht, dann kann man begeistert sein, wenn auch andere Ortskerne so verbaut oder saniert oder Wohnraum wiedergewonnen würde.

Hoffen wir, daß mit diesem Gesetz in vielen Ortskernen und auch in einzelnen oder für einzelne Objekte von Altbauten mehr Wohnraum und auch die Ortsbilder verschönert und verbessert werden und daß nicht allzuviel Spekulation in den Ortskernen möglich ist oder wird. Wenn wir die nötigen Anreize und Geldmittel bieten um einen Teil der 22.000 sanierungsbedürftigen Wohnungen zu sanieren, dann können wir auch für die Bauarbeiten und für das Baunebengewerbe einen Teil der Sicherung der Arbeitsplätze oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Wir können dazu beitragen, wenn das zügig vorangetrieben wird, daß es bei uns wieder aufwärts geht. Eine Hoffnung für viele Familien und auch für die Jugend, für die jungen Menschen, die in das Arbeitsleben einsteigen.

Ich glaube, daß gerade der Bereich des geförderten sozialen Wohnbaues sehr stark in die Familienpolitik hineingreift und damit, wenn wir Wohnbaupolitik betreiben, betreiben wir gleichzeitig auch Familienpolitik. Wenn wir günstige Wohnungen zu kaufen oder zu mieten anbieten, dann kommen wir gleichzeitig den Familien auch entgegen. Andererseits möchte ich aber auch erwähnen, daß die Änderung oder ein Punkt der Änderung dieses Gesetzes auch einen Schatten wirft und zwar, daß die Darlehen jetzt innerhalb 15 Jahren zurückbezahlt werden müssen. In diesem Zusam-



menhang müssen in Zukunft neue Überlegungen angestrebt werden, denn mit diesem System erhöht sich die monatliche Rückzahlungsquote beträchtlich, das bedeutet wiederum Schwierigkeiten für die Wohnungssuchenden, Schwierigkeiten für die Familien, die diese Quoten zurückzahlen müssen.

Sicherlich müssen wir in der heutigen Zeit den Wert des Geldes, die Höhe der Inflation, die Bestimmungen der Banken berücksichtigen, die sicherlich mit dazu beigetragen haben oder Grund dafür sind, daß solche Bestimmungen im Gesetz eingebaut wurden. Wir sollen aber davon ausgehen, womöglich solche Belastungen, die notwendig werden, nicht auf den Wohnungssuchenden abzuwälzen. Vor Jahren gab es noch Bestimmungen, die vorsahen, daß die Darlehenstilgung auf 35 Jahre festgelegt wird, also ein Staatsgesetz, das damals auch noch in Südtirol Anwendung gefunden hatte. In 35 Jahren rückzahlen, da sind die Rückzahlungsquoten natürlich bedeutend niedriger. Ich kann mich erinnern, in den 60er Jahren gab es in der Republik Österreich ein Wohnbaugesetz, wo die Rückzahlungsraten in 60 Jahren, also sozusagen für zwei Generationen gemacht wurden. Sicherlich muß man überlegen, daß damals die Inflation fast bei Null war und daß diese 60 Jahre so verstanden wurden, einer zahlt 60 Jahre lang und dann seine Erben und mit 60 Jahre wird er dann Besitzer. Würden wir bei uns ein solches Verhältnis jetzt einbauen, bei einer Wohnung, die 120 Millionen Lire kostet, 60 Jahre, dann würde das im Monat 170.000 Lire ausmachen und in 60 Jahren wäre er dann Besitzer. Die Frage ist nur, die Kalkulation 170.000 Lire 60 Jahre, wie kann sich die Kassa des Landes noch erhalten. Das sind sicherlich Fragen, die kalkulatorisch überlegt werden müssen. Das ist ein Gesetz zur Eigentumsförderung, aber gleichzeitig wissen wir, daß gerade die Stadt Wien selbst sehr viele Wohnungen gebaut hat und sehr viele Wohnungen besitzt und dort an die Bürger der Stadt Wien vermietet. Auch bei uns wird immer wieder der Ruf laut, Vorredner haben das auch erwähnt, man sollte eine Überlegung anstellen, von den 11.000 oder 12.000 Mietwohnungen, die im Besitze des Landes sind, wie man die an Interessierte abgeben könnte, um so auch einerseits das Vermögen in Arbeitnehmerhand zu erhöhen oder das Vermögen womöglich weit zu streuen und andererseits die Kassen des Landes damit wieder zu füllen, so daß neue Initiativen ergriffen werden könnten. Dies wäre sicherlich eine Chance, aber ich bin der Meinung, daß man nicht gerade am Ende einer Legislaturperiode eine solche grundsätzliche Reform in einem Wohnbaugesetz einbaut, aber man soll zu jeder Zeit diese Vorstellungen voranbringen.

In der kommenden Legislaturperiode müssen neue Wege beschritten werden um das Wohnungsproblem zu lösen. Wir müssen dafür sorgen, da die in den letzten zehn Jahren zwar 26.000 Wohnungen gebaut wurden aber nur 10.000 Wohnungen besetzt wurden und der Rest, also 40%, leersteht, dafür sorgen, daß sie auch an den Wohnungssuchenden übergetragen werden. Wenn ich sage in der nächsten Legislaturperiode, dann hat natürlich inzwischen auch noch der Wähler das Wort. Auch er wird mitbestimmen, auch er wird mitentscheiden, in welcher Richtung die Arbeiten in den nächsten Jahren vorangetrieben werden sollen und grundsätzliche Entscheidungen fallen

meistens innerhalb der ersten 90 oder 100 Tage, wenn es darum geht, die Koalitionsabkommen oder Besprechungen mit dem Koalitionspartner zu machen und hier werden sicherlich die Grundsätze festgelegt, vorausgesetzt, daß in der kommenden Legislaturperiode es ein solches gibt, denn in dieser Legislaturperiode gab es das nicht.

Die 18.000 leerstehenden Wohnungen sollten den Wohnungssuchenden zugeführt werden. Ich habe im Regionalrat eine Initiative ergriffen, es war unklar, ob die Region, das Land oder ausschließlich der Staat zuständig ist. Ich meine, in solchen Fällen sollte man auch prüfen, wie weit wir vom Staat Kompetenzen verlangen könnten, daß wir selbst solche Bestimmungen durchführen könnten, auch im Sinne für mehr Föderalismus, auch im Sinne von mehr Autonomie, was wir immer wieder anstreben. Wenn uns das gelingen würde, dann würde unser Land etwas weniger zubetoniert, wir müßten weniger Grund ausweisen, wir müßten weniger Grund zur Verfügung stellen und wir würden hier auch etwas mehr mit dem Natur- und Umweltschützer in einen Konsens kommen und ich glaube, es ist wert diese Überlegungen ins Auge zu fassen oder im Auge zu behalten, daß man grundsätzlich, immer vorausgesetzt die Kompetenzen, versucht, einen solchen Weg zu beschreiten. Trotzdem bin ich der Meinung, sollte, wie es von Fall zu Fall immer wieder feststellbar ist, die Anzahl der Wohnungssuchenden steigen, daß die Landesregierung neben ihren laufenden Programmen und ich hoffe, daß keine Unterbrechungen mehr gemacht werden, sondern daß es laufend geht, daß man sagt, soundsoviel Mittel haben wir und die wollen wir jedes Jahr ausgeben, sollte aber die Anzahl der Ansuchenden eine bestimmte Zahl übersteigen, dann sollte die Landesregierung jedenfalls ein Sonderprogramm beschließen zusätzlich zu einem laufenden Programm. Ich glaube, solche Überlegungen sollten in der Landesregierung in diesem Bereich immer griffbereit sein, also ein Sofortprogramm, ein Sonderprogramm, damit man reagieren kann, damit man antworten kann, damit man den Leuten helfen kann. Die Ereignisse, die es am ersten Juni gegeben hat, zeigen auf, daß auch der Beratungsdienst für Wohnungssuchende ausgebaut werden muß, wenn nicht gerade auf Gemeindeebene, in größeren Gemeinden könnte man es auch auf Gemeindeebene machen, so doch auf Bezirksebene.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich noch auf ein Problem aufmerksam machen, auf eine Problem zu sprechen kommen und zwar zum Proporz. Gerade in diesem Zusammenhang hat uns vorhin Landesrat Benedikter Tabellen ausgehändigt, die uns ganz genau zeigen, wie der Zustand jetzt ist. Der Abg. Mitolo, der zur Zeit nicht im Saal ist, der Abg. Mitolo meinte, die Einführung des ethnischen Proporz ist für die Verschlechterung der Situation im Wohnungssystem schuld. Wenn er davon ausgeht, wie die Geldmittel und die Mietwohnungen vor 30 Jahren und darauf noch zugewiesen wurden, dann mag er für die italienische Volksgruppe recht haben, weil sie jetzt nicht mehr nur für die italienische Volksgruppe aufgeteilt werden, sondern nach Stärke der Volksgruppen, dann mag das für die italienische Volksgruppe natürlich bedeuten, daß sie Privilegien abbauen mußte. Gott sei Dank sind die Zeiten vorbei. Gott sei Dank gibt es jetzt

in diesem Bereich den Proporz und ich stehe in aller Offenheit und Deutlichkeit dazu. Ich meine damit, Gott sei dank sind die Zeiten vorbei der einseitigen Privilegien einer Volksgruppe. Ich bin der Meinung, der Proporz stellt, wie er in Südtirol angewandt wird, in keiner Weise eine Revanchepolitik dar, im Gegenteil, Jahrzehnte vergehen, bis eine Angleichung erfolgt, geschweige von Revanchepolitik zu sprechen. Sondern ich bin der Meinung, der Proporz bietet die Garantie für die hier lebenden Volksgruppen, für alle hier lebenden Volksgruppen. Die gezielte Italianisierung der Provinz Bozen wurde somit teilweise gestoppt, die Gefahr der Assimilierung damit auch abgewandt, denn gerade ohne Proporz und hier sieht man wie auch die Wohnbaupolitik Volkstumpolitik sein kann, würde es das dann nicht geben, dann würde natürlich automatisch die Italianisierung der gesamten Provinz Bozen weiterlaufen. Hier konnte das gestoppt werden.

Landesrat Benedikter hat vor einigen Jahren hier im Landtag erklärt, ich weiß es nicht mehr genau, aufgrund einer Frage von mir, jedenfalls hat er hier erklärt, daß der letzte Absatz des Art. 15 des Statutes, von dem auch in diesem Gesetzentwurf die Rede ist, von den Vertretern der italienischen Volksgruppe verlangt wurde. Ich glaube, es ist wichtig, daß man immer wieder darauf hinweist, denn gerade vor Wahlzeiten und wir sehen es heute in der Zeitung, daß die Rechtsliberalen in Italien sich anschicken, hier Aussagen zu treffen, die in eine gefährliche Richtung gehen, die Wunden aufreißen könnten und wer weiß welcher Scherbenhaufen dann zurückbleibt. In den ersten Jahren dieser Legislaturperiode gab es im Landtag einen Abgeordneten, der die große Versöhnung unter den Volksgruppen in Südtirol angekündigt hat, und zwar mit den Methoden der Vermischung und mit dem Abbau des Proporztes. In der Tat sind große Wunden aufgerissen worden, geblieben sind die Narben und ein politischer Scherbenhaufen. Im Herbst 1982 wollte ein anderer Prophet in dieselbe Kerbe hauen. Wegen der bekannten Auseinandersetzung Landesrat Benedikter, Landesrat Ferretti im Einvernehmungskomitee hat der Parteivorsitzende einer Partei, die inzwischen auf eine Plattform von drei Personen zusammengeschrumpft ist, in einer Presseaussendung den Proporz als Revanchepolitik hingestellt und die Südtiroler Volkspartei beschuldigt, daß sie beabsichtige, hier den Italienern keine Stelle mehr zu geben und sie von der Provinz zu vertreiben. Ich meine, damit wurde wohl das ganze Südtiroler Volk verraten mit einer solchen Mitteilung und mit einer solchen Aussage und ich sage heute hier ganz offen und deutlich, die Dreimannplattform, die anderen zwei sind nicht besser, denen darf wohl kein Südtiroler, dem am Schutz der Minderheiten etwas liegt, eine Stimme geben bei den kommenden Landtagswahlen. Ich habe mich seinerzeit öffentlich distanziert, weil ich damals dieser Partei angehörte. Ich mußte das tun, weil es meine Politik der letzten zehn Jahre im Südtiroler Landtag war und es wird auch in Zukunft so sein. Wer auch immer diese drei finanziell unterstützt, ob sie nun von Salurn oder über den Brenner kommen, interessiert weniger. Wir

müssen, so bin ich der Meinung, uns vor den Anfängen solcher neuer Gefahren widersetzen.

**LUNGER (PDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon die letzte Woche hier erklärt, daß ich in einer zweiten Intervention zu noch anderen Punkten des ganzen Fragenkomplexes Stellung nehmen werde.

Alle wissen wir, welches Trauerspiel sich heuer Ende Mai vor dem Amt für geförderten Wohnbau in der Duca-D'Aosta-Straße abgespielt hat, wo mehrere Hunderte Leute über Nacht dort gewartet haben um die ersten zu sein, sobald dann der Termin aufging, ihr Gesuch einreichen zu können. Man kann da sagen was man will. Um eine Tatsache kommt man wohl nicht herum, nämlich daß ein solcher Zustand einfach unwürdig ist und beschämend für einen demokratischen Rechtsstaat. Er zeigt von einer Unfähigkeit, das System der Gesucheinreichung so zu regeln, daß derartige unwürdige Zustände verhindert werden. Daran kommt man nicht herum. Aber es kommt noch etwas dazu. Es scheint eben die Praxis des Landesrates Benedikter zu sein, bestehende Gesetze zum Teil einfach nicht anzuwenden, zu übergehen, so daß nun diese Gesuche bzw. die Auszahlung der betreffenden Beihilfen erst aufgrund der Genehmigung dieses Änderungsgesetzes, das wir jetzt diskutieren, vorgenommen werden kann, da das bisherige Gesetz nach den Vorstellungen Benediktters nicht entsprach und er nicht bereit war, die bisherigen Grundsätze anzuwenden. Ich meine, einen unwürdigeren Zustand und auch einen rechtswidrigeren Zustand kann man sich wohl kaum noch vorstellen. In verschiedensten Kreisen der Bevölkerung sind immer wieder in den letzten Jahren Klagen laut geworden über vermeintliche oder auch wirkliche Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Beihilfen über Bevorzugung Bestimmter usw. Eigenartigerweise hat damals Landesrat Benedikter das Gesetz über die Veröffentlichung aller Beiträge einfach nicht angewandt, obwohl ganz klar war, daß der Südtiroler Landtag auch die Beiträge der Wohnbauförderung damals bei der Verabschiedung dieses Gesetzes gemeint hat, es war zwar immer davon die Rede, daß die natürlich veröffentlicht werden müßten, meines Erachtens war aus dem Buchstaben und dem Geist ohne weiteres auch das herauszulesen und es ist hier bei den Debatten, bei den Reden ganz klar gesagt worden, daß die dabei sein müssen, allein Landesrat Benedikter hat es einfach nicht angewandt, mußte dann einen Gesetzesentwurf vorlegen zwecks einer authentischen Interpretation. In der Zwischenzeit ist man dann doch bereit gewesen entgegenzukommen und die Kommission hat bei der Behandlung dieses Gesetzesentwurfes eine entsprechende Bestimmung eingefügt und ich habe mich bereit erklärt gehabt, mein Gesetz zurückzustellen, bis zur Verabschiedung dieses Textes. Wenn der Text also verabschiedet wird, hat mein Gesetz den Zweck erreicht. Denn eines ist sicher, daß gerade auch auf diesem Gebiete es unbedingt notwendig ist, daß alle Beiträge, die hier vergeben werden, veröffentlicht werden, wie dies in der Provinz Trient schon seit zehn Jahren der Fall ist.

Ein weiterer Punkt, der im Rahmen dieser Debatte wiederholt angesprochen wurde, den ich aber schon vor mehr als zwei Jahren hier ausführlich behandelt habe, ist nämlich das Problem der Institutswohnungen, besonders das Problem jener Mieter von Institutswohnungen, welche die vorgesehene Einkommensgrenze im Laufe der Jahre überschritten haben oder überschreiten. Diese sollten ja gekündigt werden und die Wohnung dann verlassen. Sicherlich ist es richtig, daß man einen Zustand nicht auf die Dauer aufrechterhält, wo, wie gesagt, die vorgesehenen Einkommensgrenzen bei Mietwohnungen dauernd überschritten werden, da ja solche Wohnungen den bedürftigeren Kreisen der Bevölkerung vorbehalten werden müssen. Andererseits natürlich ist es so, daß in diesem Falle der Fleiß der Bürger, wenn sie sich beruflich emporgearbeitet haben, oft dann bestraft wird, wenn sie die Einkommensgrenze überschreiten. Genauso ist es dann aber eine Tatsache, daß solche, sollten sie die Mietwohnung verlassen müssen, kaum in der Lage sind, gleich eine andere Wohnung zu finden. Meines Erachtens wäre es die richtige Lösung, daß man solchen Mietern die Wohnung zum Kauf anbietet und ich habe das immer betont und gebe der Kollegin Franzelin vollkommen recht, wenn sie letzte Woche gesagt hat, daß man keineswegs diese Wohnungen etwa verschenken soll, sondern einen wirklich angemessenen Preis fordern, daß man aber solchen Käufern dieselben Begünstigungen und Beihilfen gewährt, die andere beantragen können, um auf dem freien Markt eine Wohnung zu kaufen. Der Unterschied ist dann aber der, daß in solchen Fällen diese Beiträge ihnen nicht ausgezahlt werden brauchen, sondern einfach vom Kaufpreis, den der Mieter, wenn er die Wohnung ins Eigentum übernimmt oder bekommt, von diesem Kaufpreis brauchen die Beiträge nur abgezogen werden bzw. so gestaffelt werden und eben die Zinsbefreiung angerechnet werden. D.h., in diesem Falle wäre es ja so, daß also vom Landeshaushalt nicht nur keine Lire für diese Begünstigungen ausgegeben werden bräuchte, sondern daß sogar noch Mittel hereinkämen für weitere Wohnungen. Die Vorteile wären aber vielfältig. Erstens würde in solchen Fällen vermieden, daß Mieter, die oft viele Jahre in einer Wohnung sind, ausziehen müssen, mit allen Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind, mit allen Kosten, die damit verbunden sind, könnten vermieden werden. Weiters haben die Mieter häufig mit solchen Wohnungen, wo sie viele Jahre drinnen sind, auch eine gewisse innere Beziehung, seelische Beziehung und gehen ungern davon weg. Aber wie gesagt, dieser sicherlich andererseits nicht auf die Dauer tragbare Zustand könnte auf diese Art und Weise ganz einfach gelöst werden. Wie gesagt, es hat mich mit Genugtuung erfüllt, wie ich letzte Woche auf diesem Gebiete die Vorschläge und Anregungen der Kollegin Franzelin hier gehört habe, das sind genau die Vorschläge, die ich vor ungefähr zwei bis drei Jahren hier schon einmal vorgebracht habe.

Ich möchte jetzt kurz auch auf das Verhalten bestimmter Ämter des Assessorates Benedikter eingehen und möchte gleich vorwegschicken, daß sicher nicht alle Ämter, lange nicht alle Ämter gleich arbeiten, manche

bemühen sich sehr, objektiv zu arbeiten, ein Teil aber der Ämter ist meines Erachtens ziemlich unterhalb jeder Kritik.

Ich habe viele Eingaben gemacht und auf Mißbrauch von geförderten Wohnungen hingewiesen. Bis jetzt wurden ganz wenige vom zuständigen Amt entsprechend aufgegriffen und die Mißbräuche und Mißstände beseitigt. In den meisten Fällen hat man die Augen zugedrückt und die Sache einfach belassen. Noch schlimmer ist allerdings, viel schlimmer, die Praxis und die Vorgangsweise des Amtes für Urbanistik. Das ist meines Erachtens geradezu ein Musterbeispiel von einem unkorrekt arbeitenden Amt. Bei Eingaben gegen unerlaubtes Bauen, Bauen ohne Lizenzen, hat man in diesem Amt meistens eine Ausrede gefunden und die Ungesetzlichkeit so ziemlich bestehen lassen, ich sage nicht immer aber meistens, besonders dann, wenn bestimmte einflußreiche Herren der SVP dahinterstanden. Ich nehme nur den letzten Fall Schwarzenstein. Das Amt hat da monatelang nichts getan, denn es ist ja schon vor langer Zeit bekannt geworden, daß dort der Bürgermeister eine sogenannte provisorische Baukonzession ausgestellt hat, die es rechtlich nicht gibt, und daß da eine große Sendeanlage errichtet worden ist auf diesem Gletscher. Man hat aber lange nichts getan, bis praktisch die Anlage fertig war. Dann ist man zwar hergegangen, hat einen Beschluß gefaßt und diese Baulizenz annulliert und man hat auch noch die Arbeiten eingestellt, die Arbeiten, die praktisch abgeschlossen waren. Man hat aber in diesem Falle nicht den Abbruch angeordnet, jedenfalls so ist es in der Zeitung bekanntgegeben worden und vom zuständigen Amt bisher nicht berichtigt worden, nicht dementiert worden. Also, man hat nicht den Abbruch des Senders und die Stilllegung des Betriebes angeordnet, so in der Zeitung, sondern nur die Baukonzession annulliert und die Arbeiten eingestellt, die eh fertig waren. Das ist nur mehr eine scheinheilige Vorgangsweise, man will das Gesicht wahren, man will aber da gewissen Herren ganz offensichtlich nicht weh tun. Dies, obwohl es auf einem über 3.000 m hohen Berg geschieht, die ganze Sache, wo überhaupt nichts getan werden dürfte. Ein weiteres Beispiel, wie unseriös dieses Amt dort vorgeht, ist jener Fall, der sich vor drei Jahren ereignet hat in Mals, wo man im Herbst, zwar im September begonnen hatte, eine Schutzhütte ganz neu umzubauen, dann nach Eingang der Anfrage hat man den Bürgermeister verständigt, dann hat er am 24. November die Baukonzession erteilt, Anfang Februar wurde die Hütte, der Neubau eröffnet. Jetzt ist es einfach eine Erfahrungstatsache, daß man auf etwa 1.900 m Höhe in Mals nicht mehr kann nach Ende November außen Umbauarbeiten machen. Obwohl alle Firmen angegeben waren in einem großen Zeitungsinserat und das dem Amte gegeben wurde, hat es nichts getan, sondern hat einfach die Ausrede gebraucht, es sei kein Beweis, daß die Bauarbeiten vor Erteilung der Lizenz gemacht worden wären. Man hat auch gar keine Untersuchungen gemacht, aber es ist doch notorisch, daß man da oben nach dem 24. November keine Bauarbeiten mehr machen kann. Aber wenn man nicht will, wenn man Vetternwirtschaft betreiben will, wenn man den Bürgermeister von Mals, der gleichzeitig eben Präsident dieser Körperschaft war, schützen will, dann wird alles durchge-

lassen. Das gleiche ist ungefähr in Ahrntal drinnen, wo man damals eigens geduldet hat die Durchführungsbestimmungen zu ändern, damit ein gewisser Herr, der frühere Pächter des Steinhauswirtes, ja an der Talstation der Klausbergseilbahn einen ziemlich großen Gastbetrieb errichten kann, weil er den Pacht auflassen mußte, weil er genügend Hintermänner hat, weil genügend SVP-Herren dahinterstanden. Dann hat sich Landesrat Benedikter selber zu einem Lokalausweis bemüht, zuerst wurde das abgewiesen, dann bemüht und dann ist das geduldet worden, wenn das dann auch viel größer gebaut worden, wurde zwar einmal die Baueinstellung beschlossen, der hat dann weitergearbeitet, die Lizenz ist ihm schließlich und endlich gleich nach Fertigstellung des Baues erteilt worden, obwohl da wie gesagt zum Teil sogar eine Teilannullierung der Lizenz da war. Aber bei gewissen Herren geht alles. Tatsache ist, daß der Gastbetrieb seit Dezember oder seit Neujahr ungefähr tadellos in Betrieb dauernd ist, ob das meiste ungesetzlich ist, das spielt dann keine Rolle, da spielen dann die verschiedensten Ämter einschließlich des Lizenzamtes schon gut zusammen. Die Vetternwirtschaft blüht. Wäre das irgendein anderer gewesen, der eine neue Existenz aufbauen wollte, dann wäre natürlich nichts gegangen. Zu erwähnen ist da noch, daß derselbe Herr vor einigen Jahren, wie er noch Pächter des Steinhauswirtes war, enteigneten Grund einer Wohnbauzone zugewiesen bekommen hat und hat dann dort mehr als 800 m<sup>3</sup> erbaut, vermietet dort auch Fremdenzimmer. Das ist alles im Rahmen des geförderten Wohnbaues, jetzt hat er auf einmal das Geld, einen derartigen Gastbetrieb aufzubauen und die geförderte Wohnung hat er doch, wenn er vielleicht auch keinen Beitrag bekommen hat so hat er doch den enteigneten Grund bekommen und ein riesiges Gebäude errichtet.

Der nächste Fall, das Haus vom Geometer Rubner bei Pfalzen am Issinger Weiher, das damals ohne jede Baukonzession zum Teil im Waldgebiet errichtet worden ist, hat der Landesausschuß dann aufgrund meiner Anfrage den Abbruch angeordnet, dann war auf einmal der Abbruch nicht technisch oder aus irgendwelchen Gründen nicht mehr möglich, das Haus steht heute noch und wird nicht abgebrochen. In manchen anderen Fällen, wie sich gezeigt hat, ist ein Abbruch schon möglich. Interessant, daß da ein Rohbau nicht abgebrochen werden könnte.

Der nächste Fall Vizebürgermeister Taufers im Münstertal, wo man festgestellt hat, daß er laut den jetzigen Bestimmungen und vor der Sanierungsplan genehmigt wurde zum Teil die ganzen Fronten abgebrochen hat, höher gebaut hat als es das alte Haus war. Das hat man festgestellt, nur kein öffentliches Interesse, dagegen etwas zu unternehmen, denn es ist der SVP-Vizebürgermeister von Taufers im Münstertal. So geht es nach der Reihe. Immer wieder, wenn Bauvergehen festgestellt werden und es sind bestimmte Herren dahinter, dann heißt es in der Antwort, es besteht kein öffentliches Interesse da vorzugehen, eine Begründung dafür, ob in einem Fall eines besteht, im anderen wird eh in der Regel überhaupt nicht gegeben, versucht man gar nicht zu geben. Diese unseriöse Verwaltung, die da wirklich Vetternwirtschaft betreibt.

Noch etwas möchte ich fragen. Ich warte jetzt schon lange auf Rundschreiben des Assessorates von Landesrat Benedikter, sei es von diesem oder jenem Amt an die Gemeinden. Ich glaube nämlich nicht, daß etwa die letzten zwei Jahre von diesem Assessorat nie mehr ein Rundschreiben an die Gemeinden ergangen ist. Das glaube ich nicht. Wir haben aber nie mehr eines bekommen. Nun gibt es aber einen Beschluß dieses Landtages, daß alle Rundschreiben aller Assessorate an die Gemeinden den Landtagsabgeordneten zu übergeben sind. Wie gesagt, ich habe jetzt keinen Beweis, daß in dieser Zeit, ungefähr in den letzten zwei Jahren Rundschreiben gemacht worden sind, aber ich glaube nicht, daß keine gemacht worden sind. Ich möchte da wirklich ersuchen, daß der Sache nachgegangen wird und wenn in den letzten Zeiten welche gemacht worden sind, daß die uns noch gegeben werden.

Ich habe schon in der vorigen Woche kurz erwähnt, daß die ganze Gesetzgebung ein Chaos ist und dieses Chaos kann nicht damit entschuldigt werden, wie Dr. Peterlini gemeint hat, daß erst Erfahrungen zu sammeln wären. Erfahrungen in der Gesetzgebung hätte der Südtiroler Landtag bzw. die einzelnen Assessoren ja zum Teil schon seit dem Kriege oder seit der ersten Legislaturperiode ein bißchen sammeln müssen, nur daß jetzt mehr Kompetenzen sind. Aber das entschuldigt sicher nicht dieses Gesetzeschaos, sondern da fehlt es einfach an Grundlagen für eine halbwegs brauchbare Gesetzgebungstechnik. Ich lese hier nur diesen Absatz aus einem Urteil des Staatsrates vor, es ist das Urteil Nr. 737 vom Jahre 1980, wo es eben um die Gesetze der Wohnbauförderung geht. Da schreibt der Staatsrat wörtlich: "Dal logico coordinamento delle norme sopracitate tipico esempio di una legislazione stratificata dettata piu dagli impulsi del momento che non da una ragionata visione d'insieme dei problemi da risolvere." Ich glaube, dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP):** Ich habe vor einer Woche zum Auftakt der Debatte über diese Änderungen an den Landesraumordnungs- und Wohnungsversorgungsgesetzen zusammenfassende Daten über den Stand der Versorgung der Bevölkerung mit einer angemessenen Wohnung verteilt, Daten, die anlässlich der Ende Oktober 1981 erfolgten Volks- und Wohnungszählung gesammelt worden sind. Ich habe heute noch zusätzliche Tabellen verteilt, als Ergänzung zu den vor einer Woche verteilten.

Es stimmt, daß das staatliche Wohnbaureformgesetz 1971 eine eigene Wohnbedarfszählung vorsah, welche Bestimmung auch vom Landesgesetz übernommen worden ist. Diese Zählung hat im Staate Italien nie stattgefunden. Nicht zuletzt, weil dabei auch eine Erhebung der Einkommen vorgesehen war, so daß die in unserem Wohnbaureformgesetz vom Jahre 1972 parallel dazu vorgesehene Zählung ebensowenig stattfinden konnte. Wenn man von der aus einleuchtenden Gründen nicht machbaren Erhebung der Einkommenslage der Bevölkerung absieht, sind alle anderen für den Wohnbedarf erfaßbaren Angaben in der letzten Volkszählung gesammelt worden. Es ist auch weit-



gehend ein Vergleich mit den im Oktober 1961 und 1971 diesbezüglich gesammelten Angaben möglich. Das Interesse an diesem Vergleich ist für Südtirol umso größer als es sich im großen und ganzen mit dem ersten Jahrzehnt der Anwendung des Landeswohnbaureformgesetzes deckt. Da stellt sich heraus, daß es 1981 in Südtirol 130.123 Familien gegeben hat, deren Größe allerdings gegenüber 1971 im Durchschnitt von 3,51 auf 2,82 abgenommen hat. Bewohnte Wohnungen gab es 1981 123.948 mit 547.568 Zimmern für Wohnzwecke und Küche. Die Anzahl der Familien, deren Größe auf 3,25 gesunken ist, ist zwar um rund 6.000 größer als jene der bewohnten Wohnungen, jedoch, da die Anzahl der Zimmer für Wohnzwecke und Küchen höher ist als jene der Familienmitglieder, ergibt sich statistisch, daß es pro Zimmer nur mehr 0,77 Bewohner trifft. Dazu kommt, daß von den 18.014 unbewohnten Wohnungen nur rund 9.000 als Ferienwohnungen bzw. Wohnung für die Berufsausübung erklärt worden sind, ja sogar von der anderen Hälfte, die nicht Ferienwohnung und nicht Berufswohnung sind, erklärtermaßen, ja sogar von dieser anderen Hälfte von 3.300 ausdrücklich die Bereitschaft zum Verkaufen oder Vermieten erklärt worden ist.

Die Anzahl der bewohnten Wohnungen ist von 1971 auf 1981 um rund 16.000 gestiegen, wovon 6.740 zur Wohnbauförderung des Landes zugelassen worden sind. Diese Entwicklung wurde durch das Wohnbaureformgesetz im Jahre 1972 mit der Teilung zur Hälfte der Erweiterungszonen wesentlich verstärkt und in ein System gebracht.

Aus Äußerungen im Landtag könnte man den Eindruck gewinnen, als ob das Land und in ihm die Südtiroler-Volkspartei-Mehrheit das Recht der sozial Schwächeren auf eine familiengerechte Wohnung erst seit der Präsenz der sogenannten Arbeitnehmer unter den SVP-Landtagsabgeordneten wahrgenommen hätte, als ob die sozialen Belange der sozial Schwächeren erst im Laufe der 70er Jahre entdeckt worden wären. Ich fühle mich in der Lage zu behaupten, daß alle SVP-Landtagsabgeordneten, wie sie seit 1948 im Landtag vertreten waren, ich bin seit 1948 im Landtag und seit 1960 Landesrat für den sozialen Wohnbau, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, im Rahmen der Zuständigkeit des Landes, die sich bekanntlich nicht auf das Arbeitsrecht erstreckt, sich durchwegs für die sozialen Belange aufgeschlossen gezeigt haben, denn das erste Wohnbauförderungsgesetz trägt das Datum vom 8. Februar 1952, lange bevor die ersten einschlägigen Durchführungsbestimmungen erschienen sind, es folgte die Landarbeiterwohnbauhilfe; und das zweite, umfassende, bekannt als Kleinsparerförderungsgesetz, trägt das Datum vom 2. April 1962, Nr. 4, rund 10 Jahre, bevor mit dem neuen Autonomiestatut die Verfügbarkeit an Finanzen wesentlich erhöht wurde. Von 1952 bis 1971 wurden 8.528 Wohnbaudarlehen bezuschußt, sowie 2.622 Sanierungsbeihilfen gewährt. Mit der Förderung der Wohnungssanierung wurde mit Landesgesetz vom 29. Dezember 1966 begonnen, das durch ein Landesgesetz vom 15. Jänner 1970 und schließlich durch das Landesgesetz vom 25. Oktober 1978 ersetzt worden ist. Man hat ganz darauf vergessen, daß bis 1978 die Sanierung nur in den sogenannten entsiedlungsgefährdeten Gebieten besonders durch die Dorfsanierung vorangetrieben worden ist. Es

wurden 23 Dorfsanierungen durchgeführt, welche auch, nach den in der Bundesrepublik und in Österreich geltenden Maßstäben, als gelungen angepriesen werden.

Die Anzahl der Eigentumswohnungen, bewohnt oder unbewohnt, ist von 62.000 auf 87.300 angestiegen. Jene der Mietwohnungen von 50.000 auf 48.200 gesunken. Die Anzahl der bewohnten sanierungsbedürftigen Wohnungen ist von 35.359 auf 19.283 zurückgegangen, wiederum um rund 16.000, wobei die Zulassungen zur Landesförderung insgesamt 3.906 ausgemacht haben. Vor diesem Tatbestand kann man bestimmt nicht sagen, weder daß die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenen Wohnungen schlecht sei, noch daß das Land in dieser seiner Zuständigkeit und damit Verantwortung versagt habe. Ja, es kann behauptet werden, daß die Versorgung in Südtirol an Gesamtitalien bemessen die beste ist. Wenn man die offiziellen Daten der staatlichen Wohnbauförderung von 1979 bis 1982 mit Südtirol vergleicht, ergibt sich, daß der italienische Staat für den öffentlichen Wohnbau 6.793 Milliarden ausgegeben hat, die Provinz Bozen 121,648 Milliarden, das sind rund 2% bei einem Bevölkerungsverhältnis von 0,76.

Für den privaten geförderten Wohnbau hat der italienische Staat in derselben Vierjahresperiode 420 und das Land Südtirol 223 Milliarden ausgegeben, wovon 202 Milliarden auf zinsfreie Darlehen entfallen. Wenn die autonome Provinz nur so viel Mittel für die Wohnbauförderung insgesamt ausgegeben hätte als sie aufgrund der Beteiligung mit 1,61% an einschlägigen Haushaltsposten des Staates erhalten hat, hätte der Aufwand der Provinz die Hälfte betragen, so wie es die autonome Provinz Trient tut, deren Gesamthaushalt 1983 im übrigen auch rund 1.300 Milliarden ausmacht. Nur indem das Land Südtirol den Aufwand für den sozialen Wohnbau gegenüber den einschlägigen Einnahmen aus dem Staatshaushalt annähernd verdoppelt, kann es sich leisten, unmittelbar zinsenlose Darlehen zu vergeben. Der Staat verlangt für Darlehen bekanntlich mindestens 6,5% Zinsen, abgesehen von der Abzahlung, wobei sich das Land Zinsen an das Bankensystem erspart, einerseits, diese Zinsen würden derzeit rund insgesamt das Dreifache des Darlehensbetrages ausmachen. Also, wenn heuer etwa 40 Milliarden Darlehen gegeben werden können, würde dem Land, wenn es denselben Betrag an Darlehen über das Bankensystem finanzieren müßte, würde das dem Land in 15 Jahren das Dreifache kosten. So daß die durch die Inflation bedingte, durch die heutige Inflationsrate im Schnitt 15% bedingte Vernichtung der Kaufkraft innerhalb von 6 bis 7 Jahren dem Darlehensnehmer zugute kommt. Aufgrund der 1982 und 1983 erstellten Rangordnungen von Wohnungssuchenden beim Institut ergibt sich eine Nachfrage von 2.500 Familien, die mindestens 25 Punkte erreichen. Dazu kommen 50 bis 60 Obdachlose wegen Unbewohnbarkeit ihrer bisherigen Wohnung und rund 250 Delogierte wegen Eigenbedarf des Vermieters, immer im Jahr, welche beiden Gruppen, Obdachlose und Delogierte, vom Institut in eigenen Altwohnungen oder eigens angemieteten Wohnungen untergebracht werden müssen. Es werden jedoch jährlich nur rund 50 Altwohnungen frei, während bisher nur rund 100 Wohnungen angemietet werden konnten. Es hat daher keinen Sinn, für

weitere Gruppen das Recht auf Unterbringung in Institutswohnungen vorzusehen. Den zahlreichen Delogierten wegen Sanierung, das wäre eine andere ziemlich zahlreiche Gruppe, ebenso wie den Delogierten aus Institutswohnungen wegen Überschreiten der zweiten Einkommensgrenze, wird jedoch gemäß Landesgesetzgebung das Recht auf laufende Zulassung zum Wohnbaudarlehen von bis zu 102 Millionen heute mit Anerkennung von zusätzlichen 5 Punkten eingeräumt, Wenn es stimmt, daß der Mietwohnungsmarkt, also das Angebot an Mietwohnungen wegen der Unzulänglichkeiten der staatlichen Gesetzgebung über den gerechten Mietzins praktisch stillsteht, stimmt es nicht, daß es in Südtirol keine Wohnungen zu kaufen gibt. Ich habe mich persönlich erkundigt. Das Angebot an Kaufwohnungen zu erschwinglichen Preisen, zwischen 50 und 150 Millionen, deckt die Nachfrage.

Nicht alle wohnungsbedürftigen Familien können sich jedoch eine Wohnung kaufen oder bauen, besonders wenn ihr Einkommen etwa unter der Schwelle der 9 Millionen liegt, welche für die Zuweisung einer Institutswohnung vorgeschrieben ist. Das trifft selbstverständlich auf 90% der erwähnten 2.500 Ansuchenden um eine Institutswohnung zu. Es entspricht daher nach wie vor einem elementaren Erfordernis sozialer Gerechtigkeit, daß die Institutswohnungen als solche wie von jeher den tatsächlich Minderbemittelten vorbehalten bleiben und nicht, falls das Minderbemiteltsein nicht nur zeitweilig aufhört, sich in kostendeckende Zinshäuser verwandeln sollen. Es stimmt, daß mit der Einführung des Wohngeldes unternommen worden ist, minderbemittelten Familien, welche die Voraussetzung für eine Institutswohnung hätten, im selben Ausmaß zu helfen, vorausgesetzt daß mit dem privaten Vermieter ein regelrechter Mietvertrag gemäß Staatsgesetz über den gerechten Mietzins vorhanden ist. Es wurde berechnet, daß gemessen an der wahrscheinlichen Zahl der Familien, welche die erste Einkommensgrenze nicht überschreiten, die gleiche Behandlung wie die Institutsmieter dem Land zwischen 15 und 20 Milliarden kosten müßte. Also, wenn alle, die sich in dieser Lage befinden, um Wohngeld ansuchen. Wenn das Wohngeld bisher nur um 3 Millionen beansprucht worden ist, dürfte das auch auf die gemäß Staatsgesetz etwas knapp bemessene zulässige Wohnfläche zurückzuführen sein, aber auch, meiner Ansicht, mehr noch auf die Tatsache, daß es sehr wenige regelrechte Mietverträge gemäß Gesetz gibt. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wird die zulässige Wohnfläche bedeutend erweitert, und es bleibt zu hoffen, daß die Neuregelung des staatlichen Mietrechtes mehr als bisher den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trägt, so daß eben auch entsprechend normalerweise Mietverträge abgeschlossen werden, die dann die Voraussetzung bieten, um das Wohngeld zu erhalten. Das Wohngeld hat jedoch im System der sozialen Marktwirtschaft nur dann einen Sinn, wenn auch die Institutsmieter einen Zins zahlen, der, wenn auch unter dem gerechten Mietzins, so doch ihrem Einkommen entspricht.

Von den 7.695 Institutsmietern überschreiten 28% nicht die 3,6 Millionen Jahreseinkommen und zahlen davon rund 9% Miete. Weitere 32% erreichen bis zu 5.800.000 Jahreseinkommen und zahlen wiederum rund 8% Mie-

te und nur 15% der Institutsmieter mit mehr als 16 Millionen Jahreseinkommen zahlen den gerechten Mietzins. Diese nach Einkommenshöhe gleitenden sozialen Mietzinse des Institutes dürften von unserer Bevölkerung als gerechter empfunden werden als die sehr unterschiedlichen zum Teil lächerlichen Mietzinse, die, wie sie der Abg. D'Ambrosio aus der Emilia Romagna angeführt hat, welche sicherlich gegen den Verfassungsgrundsatz, wonach jeder am öffentlichen Aufwand gemäß Steuerleistungsfähigkeit beitragen muß, verstoßen, wobei zu sagen ist, daß die Differenz zwischen dem gerechten Mietzins, wenn er von allen Institutsmietern gezahlt würde, und dem sozialen Mietzins, den sie also so differenziert gemäß Einkommen zahlen, wie gesagt, höchstens 9% des Einkommens, die Differenz immerhin dem Institut und damit der Provinz rund 8 Milliarden jährlich kostet.

Der Abg. D'Ambrosio hat in seinem Minderheitsbericht die Wohnungsverorgung insgesamt in Südtirol als katastrophal geschildert. Er hat dann allerdings diese Gesamtbeschreibung in seinen mündlichen Ausführungen fallen gelassen und sie nur mehr als Paradebeispiel einer negativen Lage, eben diese Mietzinse des Institutes, angeprangert. Ich glaube, daß ich damit auch nachgewiesen habe, daß es sich alles eher als um etwa einschneidende Mietzinse dreht, sondern daß es tatsächlich soziale Mietzinse sind.

Die Nachfrage nach Sanierungsbeihilfen hat sich bereits heuer im Vergleich zum vorigen Jahr versechsfacht und dürfte aufgrund der neuen Bestimmungen noch wesentlich zunehmen.

Die Abg. Franzelin sieht Gespenster, wenn sie behauptet, daß bei Anwendung auf die Wiedergewinnungszonen des Verhältnisses 60% konventionierter Wohnbau und 40% frei 9.000 Wohnungen verloren gehen müßten. Man muß davon ausgehen, daß in diesen Zonen zumindest das Erdgeschoß nirgends als Wohnung gebaut worden ist. Und je mehr Erdgeschosse da sind, desto eher auch der erste Stock als gewerblicher oder Dienstleistungsbetrieb verwendet worden ist, so daß die Freigabe von 40% der Gesamtbaumasse den Wohnungsbestand nur geringfügig vermindern kann, was durch die erhoffte Breitenwirkung dieser grundsätzlich nichts preisgebenden Erleichterung sicher aufgewogen wird.

Das seit 1962 eingeführte und im großen und ganzen festgehaltene Punktesystem mit seinen drei Hauptschwerpunkten auf die Ansässigkeit, das Einkommen und die Zahl der Familienmitglieder hat sich eingelebt und bewährt und soll nicht kurzfristigen Zweckmäßigkeitserwägungen geopfert werden. Auch die zusätzlichen Punkte bei Neugründung einer Familie dürften nach wie vor gerechtfertigt sein, allerdings indem das Einkommen beider Ehepartner in dem dem Gesuch vorausgehenden Jahr berücksichtigt wird, wie es auch dem Gesetz entspricht, allerdings nicht der bisherigen Handhabung. Also, es braucht hier keine Änderung des Gesetzes, es genügt, wenn man einfach den Grundsatz des Einkommens beider Ehepartner vom Jahr, das dem Gesuche vorausgeht, wenn man diesen Grundsatz eben strikt anwendet.

150 Wohnungen für die Polizei aller Art seien eine Lappalie, sagt D'Ambrosio. Es ist interessant, wie farbenblind gewisse Landtagsabgeordnete sind, auch gegenüber einwandfreien Zahlen, die das Gegenteil beweisen, aber dann einfach von ihrem Schema trotzdem nicht abrücken.

Von 8.204 Mietwohnungen des Institutes sind 528 durch Familien besetzt, welche als Angehörige des Militärs eingezogen sind, seinerzeit, auch wenn die meisten Familienoberhäupter dieser Familien heute pensioniert sind. So daß mit den 150 neu und sofort zur Verfügung gestellten Wohnungen mehr als 8% der Institutswohnungen von Familien besetzt werden, die als Angehörige des Militärs oder der Polizei bevorzugt hineingekommen sind oder hineinkommen.

Auch hinsichtlich der Beschäftigungslage in Südtirol im allgemeinen und im Baugewerbe im besonderen ist es notwendig, einmal die volle Wahrheit zu sagen, ohne weder Zweckoptimismus noch Zweckpessimismus zu betreiben. Ich verteile diesbezüglich, nachdem es keinen Sinn hat eine Tabelle zu verlesen, diesbezüglich diese Tabelle hier, ich bitte sie zu verteilen. Die Anzahl der Beschäftigten hat in Südtirol von 157.000, das steht noch nicht auf der Tabelle, 462 im Jahre 1971, auf rund 190.000 im Jahre 1982 zugenommen, jedoch mit folgender Differenzierung. Wie Sie sehen, 1971-1981, in der Landwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen, von 28.788 auf 22.109, in der Industrie ist sie gestiegen von 26.064 auf 30.454, im Baugewerbe ist sie gestiegen 1971 auf 1981, von 12.703 auf 15.443, im Handel von 21.000 auf 30.000, bzw. sind von 22.000 auf 29.000, im Gastgewerbe von 21.673 auf 30.836 und in den anderen Diensten, hier umfassend Kredit, Versicherungswesen, Transport, Kommunikation, öffentlicher Dienst und alle anderen Dienstleistungen von 46.152 auf 59.971. Im Jahre 1982 hat die Anzahl der unselbständigen Erwerbstätigen in Privatbetrieben insgesamt um 2.317 Personen zugenommen, jedoch mit der folgenden Differenzierung, also es gibt da Bereiche, wie das Baugewerbe, wo die Zahl der unselbständigen Erwerbstätigen um 560 abgenommen hat, ebenso in der Industrie um 507, hingegen, wie Sie sehen, in der Landwirtschaft Zunahme von 623, Handel 206, Gastgewerbe 1.159 und andere Dienste 1.396. Im selben Jahr 1982 betrifft die Zahl der neu aufgenommenen provinzfremden Arbeitskräfte 4.848, davon 885 im Baugewerbe und 3.052 im Gastgewerbe. Im Jahre 1983 bis Ende Juli wurden insgesamt 29.056 Personen neu eingestellt, davon 1.806 Provinzfremde, im Baugewerbe 3.021 insgesamt und 350 Provinzfremde. Der Monatsdurchschnitt Jänner-Juli der verfügbaren Arbeitslosen hat 1982 2.151 und 1983 3.259 betragen.

Kurz zum Gesetzeschaos. Es muß davon ausgegangen werden, daß das Land nur auf diesen Sachgebieten eine Ordnungsgesetzgebungsgewalt hat, die alle Einwohner berührt und die Lebensbedingungen beeinflusst, und diese Sachgebiete sind Landesplanung, Ortsplanung, Baurecht, Mietzinsregelung, Regelung des öffentlichen Wohnbaues, der Zuweisung dieser Wohnungen, des Mietzinses dieser Wohnungen, Enteignungswesen, also eine Reihe von Sachgebieten, die nicht einfach als ein einziges Sachgebiet angesehen werden können und die alle unter die Gesetzgebung fallen, von der gesagt

worden ist, daß es seit Wohnbaureformgesetz 13 Abänderungen gegeben hat. Das ist erstens einmal ein Beweis, daß es eben um Ordnungsgesetzgebung geht, die elementare Lebenserfordernisse betrifft und wir wissen, die wirtschaftlich-sozialen Bedingungen sind in ständiger Entwicklung begriffen und ein Beweis, daß diese Gesetzgebung eben diese Entwicklung mitmacht, daß sie dieser Entwicklung Rechnung tragen muß. Aber man vergißt, daß ein Großteil unserer Gesetzgebung und dieser Änderungen letzten Ende zurückzuführen ist auf die Tatsache, daß wir eben nicht allein stehen auf weiter Flur, sondern von der Staatsgesetzgebung abhängen und zwar, weil wir an die Reformgrundsätze gebunden sind, nicht nur, sondern weil unsere Gesetzgebung zwar, ich habe diese Sachgebiete aufgezählt, ziemlich umfassend ist, aber einige Aspekte nicht erfassen kann, die auch mitbedingen, mit den Inhalt der Gesetzgebung bedingen z.B. das Steuerrecht, das Kreditwesen. Also, mit staatlichem Wohnbaureformgesetz wurde das Enteignungsrecht mit neuen Reformgrundsätzen bedacht. 1977 z.B. ist das Abtreten von Mietwohnungen der öffentlichen Hand abgeschafft worden und ist geregelt worden, wie die Obdachlosen durch die öffentliche Hand versorgt werden sollen. Immer wieder sind neue Steuerregelungen in Kraft getreten oder auch Kreditregelungen, denen wir Rechnung tragen mußten, z.B. im Jahre 1978, ein Gesetz das gewisse Begriffsbestimmungen eingeführt hat, was man unter verschiedenen Stufen von Sanierung zu verstehen hat und welche Stufen dann unterschiedlich steuermäßig vergünstigt worden sind. Also, wenn man dem allen Rechnung trägt, ist es an sich kein Wunder, daß wir eben gezwungen waren, dieser staatlichen Gesetzgebung, auch wenn sie nicht Reformgrundsätze beinhaltet hat, sondern Dinge, wo wir keine Zuständigkeit haben, die aber die Wohnbaugesetzgebung und die Urbanistikgesetzgebung bedingen, daß wir dem Rechnung tragen mußten.

Es ist sicher wahr, daß man insgesamt diese Gesetzgebung, die also eine Reihe von Sachgebieten umfaßt, dann einmal etwa zu Beginn der kommenden Legislaturperiode organisch gestalten könnte, aber es ist das eine Arbeit, die reiflicher Überlegung bedarf. Ich erinnere mich, daß jüngst im deutschen Bundestag z.B. auf die Beschwerde, daß die Gesetzgebung gerade über das Bauwesen unübersichtlich sei - es war die Rede von 13.000 Vorschriften -, daß also hier Hand angelegt werden müsse an eine organische Zusammenfassung, der zuständige Bundesminister erklärt hat, ja, wir wollen das tun, es braucht ein Jahr Zeit, wir werden also die 13.000 Vorschriften reduzieren, vielleicht auf die Hälfte, um alles einfacher und übersichtlicher zu gestalten, aber, hat er gesagt, sowohl die Länder als auch die Gemeinden sind dagegen, daß man da irgendwie nur herumflückt, sondern es muß das reiflich überlegt werden und das braucht Zeit, es soll ein organisches Ganzes werden und nicht irgendwie ein Flickwerk da und dort, was sozusagen die Übersichtlichkeit alles eher als fördert.

Die Kassen des Landes füllen mit dem Verkauf von Institutswohnungen. Ich verweise darauf, daß mit Staatsgesetz von 1977 die Abtretung, der Verkauf von Institutswohnungen abgeschafft worden ist. Es hat ein Staatsgesetz im Jahre 1962 gegeben, das diesen Verkauf neu geregelt hat

und das ist eben 1977 abgeschafft worden. Es hat Versuche gegeben, es gibt einen Regierungsentwurf der jüngst verfallen ist, Regierungsentwurf 2.594 vom 13. Mai 1981, womit diese Ablöse neu eingeführt werden sollte, mit neuen Reformgrundsätzen und die allerdings, was den Kostenpunkt der Ablöse betrifft, nicht sonderlich abweichen von den Grundsätzen von 1962, mit anderen Worten, hätte also dieser Regierungsentwurf bedeutet, daß Wohnungen, die vor 1945 gebaut worden sind, selbstverständlich, je älter die Wohnung ist desto eher wird sie abgetreten, daß für solche Wohnungen gewissermaßen dafür, daß der Mieter diese Wohnung übernimmt er nicht nur nichts bezahlt hätte, sondern sogar etwas noch dreingezahlt erhalten hätte. Ich erinnere daran, daß die Provinz Trient heuer eben umfassend wieder einmal ein Volkswohnbaugesetz erlassen hat, wo die Ablöse geregelt wird. Ich habe mich erkundigt, was dabei herauskommt. Es ist dort die Rede von Marktwert, jedoch wird der Marktwert durch den Verwaltungsrat des Institutes bestimmt, der in einer besonderen Art und Weise zusammengesetzt ist. Jedenfalls kommt ein Marktwert dieser Wohnungen von 17 bis 30 Millionen heraus, wobei dann noch abgezogen werden der Mietzins der Jahre, und es müssen mindestens 15 Jahre sein, der Mietzins, der von den Mietern gezahlt worden ist, so daß die Wohnung höchstens 25 und dann auch weniger als 17 Millionen, minus 5 Millionen kostet. Also, können Sie sich ausrechnen, ob man nun das Trientner Gesetz hernimmt und die dort enthaltenen Bestimmungen, oder ob man die alten Reformgrundsätze hernimmt des Staates, daß wir höchstens ein Viertel des Wertes dieser Wohnungen herausbekämen, ein Viertel des heute annehmbaren Wertes herausbekämen und daß damit die Frage der Finanzierung des Neubaus, eines massiven Neubaus von Neuwohnungen nicht gelöst wird, abgesehen davon, daß es eine Ungerechtigkeit darstellen würde, wenn eben ein Mieter, der sowieso durch den sozialen Mietzins wesentlich begünstigt ist, diese Wohnung fast geschenkt erhält und diese Wohnungen nicht den echt Minderbemittelten, die zumindest mit 2.500 rund beziffert werden könnten und die ansuchen um eine Institutswohnung, die mindestens 25 Punkte aufweisen, den echt Minderbemittelten vorbehalten werden.

Ich behalte mir vor, abgesehen von den Artikeln, noch etwas Grundsätzliches zu sagen.

**PRESIDENTE:** E' chiusa la discussione generale.  
Sospendiamo la seduta fino alle ore 15.

ORE 12.05 UHR

-----  
ORE 15.15 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

**Ordine del giorno n. 1, presentato dal gruppo del PCI:**

Il Consiglio provinciale  
constatato

che non si é potuto esprimere sul rendiconto del C.E.R. come espressamente previsto dalla legge provinciale n. 15 del 1972;  
che essenziale, ai fini della programmazione degli interventi, é conoscere come nel suo complesso abbia operato il C.E.R. ;  
che in ogni caso il Consiglio medesimo sia posto in grado di esercitare una sua specifica funzione

impegna

la Giunta provinciale ad adempiere alla legge presentando i rendiconti del C.E.R. entro 30 giorni.

-----  
Festgestellt,

daß es nicht möglich war, über die Abschlußrechnung des Wohnbaukomitees eine Stellungnahme abzugeben, wie dies ausdrücklich vom Landesgesetz Nr. 15 von 1972 vorgesehen ist;

daß es zwecks Planung der Maßnahmen von grundlegender Bedeutung ist, darüber Bescheid zu wissen, wie das Wohnbaukomitee gehandelt hat;

daß der Landtag auf jeden Fall in die Lage versetzt werden soll, seine spezifischen Aufgaben wahrzunehmen,

verpflichtet

der Südtiroler Landtag die Landesregierung, dem Gesetz Rechnung zu tragen und die Abschlußrechnungen des Wohnbaukomitees binnen 30 Tagen vorzulegen.

La parola al consigliere Stecher.

**STECHEK (KPI):** Diese Tagesordnung ist Anlaß gewesen, als wir den Haushaltsplan 1983 besprochen haben. Wir halten es als minimalste Voraussetzung, daß jeder Landtagsabgeordnete Bescheid weiß, was auf gewissen Gebieten geschieht und vor allem auf einem solch delikaten, wichtigen Sektor, daß die Landesräte in Kenntnis gesetzt werden, wie es um das Gebiet des Volkswohnbaues bestellt ist und dessen ganzem Sachgebiet. Wir haben im Laufe der letzten Sitzung und heute einige Formblätter erhalten vom zuständigen Landesrat, die mehr oder weniger von der Volkszählung stammen und die sehr wichtig und nützlich sind und auch aufschlußreich auf gewissen Gebieten sind. Doch glauben wir, daß das nicht genügt, um einen allgemeinen Bericht zu haben, was sich wirklich im Volkswohnbaukomitee und auf diesem ganzen Sachgebiet in den letzten Jahren zugetragen hat. Deshalb haben wir diese Tagesordnung eingebracht und wir glauben,



daß das ein minimalstes Anrecht ist, daß hier der Landesrat die Landtagsabgeordneten in die Lage versetzt, um über dieses Gebiet, wo wir jetzt seit Tagen darüber diskutieren, vollkommen Aufschluß erhalten. Das bedeutet, daß wir einen offenen Bericht zu erhalten, einen vollkommenen Bericht auch über die Ausgabenpolitik des Wohnbaukomitees usw. Es ist absurd andererseits zu denken, weil diese Sache nicht nur ein Wunsch einer Fraktion ist. Wir haben sie im Gesetz verankert und von Gesetzes wegen müßten diese Dinge automatisch genau so wie auf anderen Gebieten uns ausgehändigt werden. Wir appellieren deshalb um das Verständnis und Klarheitshalber auch zu wissen, wenn sich vielleicht auch jemand daran stößt, daß wir den Termin gesetzt haben von 30 Tagen. In 30 Tagen, wissen wir, ist der Landtag nicht mehr tätig, aber für uns ist es immerhin eine wichtige Sache, weil wir das auch in der Zwischenzeit wissen können und die Wählerschaft und die Bürger vor allem wissen können, wie es wirklich zugeht. Und es ist wirklich etwas Sonderbares, daß man diese Geheimtuerie macht und diese Dinge auszuhändigen, die andererseits andere Landesräte den Mut gehabt haben ans Tageslicht zu bringen, ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Auch wenn wir nicht einverstanden sind, aber sie haben uns offenes und klares Wasser eingeschenkt und deshalb glauben wir, daß doch in dieser Stunde sich die verantwortlichen politischen Leute zu einer Überlegung genötigt sehen müssen, dieser Tagesordnung zuzustimmen. Wir verlangen, daß uns über den Volkswohnbau offen klargelegt wird, wie die Ausgabenpolitik, deren Pläne, und solange man nichts über die Ausgabenpolitik weiß, kann man auch die Zukunft nicht bestimmen. Das müßte jedem klar sein. Sollten sich aus dieser Bilanz riesige Verschuldungen ergeben, selbstverständlich wird man das in Betracht ziehen müssen, oder sollte ein Überschuß sein, der nicht verwendet wird, usw.

Wir hoffen, daß sich die Landesregierung doch aufrafft und jetzt zum zweiten oder zum dritten Mal dieser Tagesordnung und dieser Forderung zustimmt.

**COSTALBANO (NS-NL):** Signor Presidente, signori colleghi, io voterò questo ordine del giorno anche per ragioni diverse da quanto esposto dal collega Stecher. Tra gli elementi che mi spingono a votare c'è il fatto che questo ordine del giorno di fatto impedirebbe che si costituiscono e permangano degli enti come il CER o degli Assessori al di sopra di ogni controllo, perché in fondo di questo si tratta. Si sottrae costantemente, e mi appello al rispetto civico formale del rapporto politico, ad una verifica sugli atti e di un Assessore e di un ente quale il CER.

Tempo fa da parte dell'Assessore Benedikter si sono portate delle documentazioni riguardanti la massa degli investimenti o spese fatte nel settore suddivise per i vari campi di intervento. Quello che manca dal 1972 in poi è la divisione dei finanziamenti fatti per gruppo etnico, per cui non si riesce mai a stabilire qual è la vera entità dei bisogni dei gruppi etnici all'interno, come sono stati distribuiti questi fondi ecc. Per quanto riguarda gli alloggi IPEAA le assegnazioni sono sotto la pro-

porzionale cioè al gruppo linguistico italiano quando la proporzionale era del 33% le assegnazioni dal 1972 in poi sono state del 28%. Questi dati non sono stati smentiti per cui sono veri. Se è vero che questo è successo per l'IPEAA immaginiamoci cosa può essere successo, ed è qua che Benedikter come Assessore non vuole fare conoscere questi dati perché diventerebbero molto pericolosi, per quanto riguarda altri settori probabilmente la situazione sarà molto più pronunciata. Ecco perché non si vogliono rendere pubblici dati reali di assegnazioni fatte per gruppo linguistico. Il rendiconto del CER è giusto che venga fatto, ma solo per gruppi linguistici, altrimenti i dati che ci sono sarebbero sufficienti. A questo proposito vorrei riallacciarmi ad una affermazione fatta dall'Assessore Pasquali nel suo intervento circa il fatto della proporzionale, perché non so se non l'ha detto esplicitamente perché si vergognava oppure perché c'è un'altra interpretazione. Ha detto che bisogna rivedere i criteri di assegnazione dal 1972 in poi, non ha detto esattamente come, per chi, e in favore di chi. Io credo che sia chiaro il discorso che Pasquali chiede che i fondi assegnati in futuro vengano assegnati se non altro sul piano della proporzionale, ecco il senso dell'art. 19 della legge che è in discussione. Però rimane pur sempre il fatto che Pasquali dice che bisogna andare a correggere e ad integrare tutta questa politica. Questo apre un discorso diverso sul piano politico nei confronti di quanto affermato dall'Assessore Benedikter.

Mi rammarico poi per il fatto che l'Assessore Pasquali ha affermato e non chiarito in modo che solo gli addetti ai lavori e con uno sforzo interpretativo possano capire, per cui come rivendicazione politica non ha nessun valore, perché quando non si ha il coraggio di dire le cose come stanno e di chiedere apertamente una rivendicazione su una cosa come questa, vuol dire che si vuole salvare l'anima e la coscienza ma non si vuole seguire una politica coerente con quanto si pensa. Già partendo dai dati reali del CER si potrebbe chiarire l'aspetto e la portata dell'intervento della Provincia sul problema della casa per gruppi linguistici. L'Assessore Pasquali ha detto che è un problema delicato e bisogna stare attenti, e sembra che non voglia assolutamente affrontarlo perché ha paura delle emotività che potrebbero sorgere all'interno della popolazione. Come si fa a fare politica accantonando le motività? Come se si possa purgare come le lumache, questo è un concetto della politica che ha l'Assessore Pasquali che mi sembra abbastanza peregrino, anche nei confronti del suo elettorato. Rispetto alle inadempienze fatte da parte dell'Assessore nel comunicare i dati riguardanti le attribuzioni delle case, c'è anche da sottolineare questa carenza della DC che costantemente ripete il ritornello "vorrei ma non posso".

**LUNGER (PDU):** Geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß ich dieser Tagesordnung zustimme. Denn wir haben nun einmal hier ein Gesetz, das die Landesregierung verpflichtet bzw. den zuständigen Landesrat, dem Landtag eine jähr-

liche Rechnungslegung über die Geschäftsführung des Wohnbaukomitees vorzulegen. Im wahrsten Sinne des Wortes ist das nie geschehen, aber es scheint eben die Angewohnheit eines Landesrates Benedikter zu sein, die Gesetze immer dann zu übergehen und nicht zu beachten, wenn sie ihm nicht passen. Es scheint ihm zu genügen, daß er da irgendwo eine Bestimmung hat, die ihm hilft, das Gesicht zu wahren, eine Art Feigenblatt umzuhängen, aber dann, wenn es darauf ankommt, wird das einfach nicht eingehalten. Diese Gewohnheit muß endlich einmal aufhören. Das ist höchst an der Zeit. Deswegen, entweder die Sache wird eingehalten und gemacht oder sonst streichen Sie oder beantragen Sie die Streichung dieses Absatzes, dann wissen wir wenigstens wie wir dran sind. Ich habe schon in der Generaldebatte ausgeführt, daß hier in der Landesgebarung z.B. Bestimmungen bestehen über den Landesraumordnungsplan, die seit 13 Jahren toter Buchstabe sind, nicht angewandt werden, bleiben drinnen stehen. Mit dieser Praxis, die in einem demokratischen Rechtsstaat einfach keinen Platz hat, muß endlich einmal aufgeräumt werden. Deswegen stimme ich dieser Tagesordnung zu.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, anch'io daró il mio voto a questo ordine del giorno perché si rifá ad un articolo preciso della legge n. 15 del 1972, 20 agosto all'art. 6 dove sta scritto: "Compiti del CER - ...lettera d): in parallelo con l'attività del CER prevista all'ultimo comma dell'art. 8 della legge 22.10.1971 n. 865 predisporre e realizzare un censimento del fabbisogno abitativo di ciascun gruppo linguistico, accertando nel contempo la composizione dei nuclei familiari, i redditi e la reale situazione abitativa, nonché la dislocazione territoriale delle abitazioni sempre con riferimento ai tre gruppi linguistici; e) sottoporre annualmente il rendiconto della propria gestione al Consiglio provinciale per l'approvazione. Dopo l'approvazione da parte del Consiglio provinciale il rendiconto viene comunicato ai ministri dei lavori pubblici, del bilancio e la programmazione economica e del tesoro." Mi pare che gli impegni sono ben precisi. Il CER deve fare il censimento del fabbisogno per gruppi linguistici, deve fare soprattutto un quadro ben preciso della situazione per tipo di famiglia, per dislocazione territoriale e poi sottoporre il rendiconto al Consiglio provinciale. Questa parte normalmente mi pare che avvenga alla presentazione del conto consuntivo del bilancio della Provincia dell'anno precedente, però avviene in una forma molto schematica e semplicistica, senza le opportune valutazioni e senza corredare la stessa degli elementi che in un certo senso formano il quadro integrativo di una vera e propria relazione di rendiconto dell'attività del CER. Tutti sappiamo che le discussioni in materia sono abbastanza tirate perché sul rendiconto generale della Provincia quando é parificato, salvo osservazioni che si ricolleghino alle osservazioni della Corte dei Conti che tocca questioni di principio e questioni di impostazione di carattere generale non ne facciamo e in effetti si tende a licenziare questi documenti con una certa fretta. In

particolare adesso poi é diventato molto importante valutare a fondo tutta l'opera che da anni ormai il CER sta conducendo, proprio per farsi anche un'idea precisa su quelle che possono essere le linee direttive future dell'anno successivo per lo sviluppo di una politica che ha nel CER uno degli strumenti piú importanti a disposizione della Provincia e io credo quindi che sia necessario ribadire come il rendiconto del CER stesso debba formare oggetto di esame particolareggiato, a sé stante, non collegato con altri documenti proprio per valutare e rendersi conto a fondo di tutta l'attività di questo ente.

Io non mi dilungo su altri argomenti che possono nascere da quanto asserito questa mattina dall'Assessore Benedikter che era pressato dall'ora per andare a partecipare ad una seduta di Giunta e che quindi naturalmente ha tralasciato di rispondere a tante domande che il dibattito aveva posto sulla legge da lui presentata perché avremo occasione e negli altri ordini del giorno e con la discussione articolata di approfondire, ma mi pare che ancora una volta perché del resto se non vado errato non é certo la prima volta che si chiede da parte di un gruppo di questo Consiglio il rendiconto del CER, mi pare che ancora una volta la richiesta sia piú che giustificata.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, egregi colleghi, io desidero solo ribadire quanto l'illustratore ha espresso in ordine a questo ordine del giorno che i colleghi tutti ricorderanno. Non é la prima volta che noi presentiamo al Consiglio quando si tratta la materia dell'edilizia. Ora se é vero che l'atto formale é rappresentato dalla legge n. 15 del 1972 dove esplicitamente dice che cosa fa il CER, io debbo dire che a maggior ragione questo lo dobbiamo verificare, esaminare ma non inteso come qui si sostiene come allegato al rendiconto dell'anno precedente del bilancio della Provincia autonoma, perché primo: il cosiddetto rendiconto generale per l'esercizio finanziario viene a noi presentato né piú e né meno come una qualsiasi altra legge della Provincia autonoma. Abbiamo in questi giorni ricevuto il rendiconto generale del 1982, porta il n. 264/83, si discute come qualsiasi altra legge, tanto di relazione, tanto di giudizio della commissione, tanto di voto da parte del Consiglio, solite cose da parte del Governo per il visto o meno. Invece il rendiconto del CER, la legge n. 15 della nostra Provincia dice che ha un iter diverso. Non é una legge, non viene presentato in una commissione, non viene pubblicato sul Bollettino Ufficiale a stretto rigore. Dice solamente che il CER presenta il suo rendiconto con tutte le implicazioni e dopo l'approvazione da parte del Consiglio il rendiconto viene inviato a degli indirizzi diversi dal Governo per una firma di una legge come di solito si fá, ma al Ministero dei lavori pubblici ecc. Ma a noi non solo giova per la cosiddetta trasparenza della pubblica amministrazione e prendo atto con soddisfazione che vi sono appartenenti al CER che sostengono non solo l'ordine del giorno nostro, come in passato é avvenuto nel corso delle votazioni, ma giustamente dicono che se qualcuno ci

dovesse chiedere di questi rendiconti sarebbe complicato anche presentarli, perché per rendiconto non intendiamo le attribuzioni finanziarie, cosa giaceva o non giaceva, quali sono le competenze per l'anno in corso, che cosa è stato speso, che cosa rappresenta la giacenza ovvero il residuo passivo. Pre rendiconto noi intendiamo qualcosa di diverso, gli interventi compiuti e perché si sono compiuti, l'articolazione degli interventi su basi territoriali e per i diversi settori di edilizia, ad esempio cooperative, ad esempio mutui singoli, ad esempio finanziamenti per l'edilizia pubblica diretta. Per rendiconto noi dobbiamo intendere perché si costruiscono degli alloggi in una certa località della provincia anziché in un'altra, perché si ritiene di privilegiare un certo tipo di edilizia anziché un certo altro. Tutti noi sappiamo che l'IPEAA lamenta l'assenza di adeguati fondi per i suoi programmi. Allora chi stabilisce che l'IPEAA abbia o non abbia questi mezzi? Chi stabilisce che un colpo di acceleratore va dato in una direzione o in un'altra? Chi stabilisce che il tipo di intervento va fatto in certe aree geografiche anziché in altre? Si accerta col ragionamento che per noi si deve saldare tra il cosiddetto fabbisogno in quanto tale con l'esigenza di ripartire le risorse rispettando una certa proporzionale, come richiama l'art. 15 dello Statuto d'autonomia. Ad esempio uso delle risorse e proporzionale a questo riguardo significa non più parlare di appartamenti ma di costo delle opere. Anticipo qui una cosa che svilupperemo poi. Rispetto allo schifo di certi appartamenti assegnati non più tardi di 4 o 5 anni fa dove l'IPEAA deve affrontare decine se non centinaia di milioni per opere di miglioria, di riparazione, ripeto schifo perché né i progettisti né i signori della maggioranza andranno mai ad abitare in quegli appartamenti, basti citare le vasche da bagno ricoperte con del linoleum, vorrei sapere se i signori nelle loro case usano accorgimenti di questo tipo. In ogni caso ci sono centinaia di milioni di danni di riparazioni da fare. Rispetto a questo tipo di edilizia e un altro tipo di edilizia assai invitante che fa rappresentare determinati alloggi dell'IPEAA più dei villini signorili che alloggi di edilizia popolare, ecco i due estremi, ebbene, chi stabilisce che qui è stata fatta un'equa ripartizione? Quando mai il Consiglio provinciale è stato posto davanti a questa possibilità di esprimere giudizi? Noi non vogliamo mettere i bisognosi gli uni contro gli altri, non a caso nel nostro ragionamento diciamo maggiori fondi per maggiori risposte in direzione della casa, ma con quali criteri gli interventi vengono seguiti? Quando mai il Consiglio provinciale può essere messo di fronte ad un giudizio che dica che bisogna intervenire con questi elementi di correzioni, integrazioni, con queste sottrazioni ecc. Mi pare che questo continui a non avvenire. E allora io chiedo ai signori della maggioranza che insistentemente respingono il rispetto della legge mentre noi la richiamo, è legittimo o no pensare a delle malignità? Perché non si comprende altrimenti la pervicacia nel rappresentare il rendiconto come la legge prescrive! E se a qualcuno venissero dei dubbi e legittimamente dicono che se ostentatamente non si vuole tenere conto riteniamo che ci può es-

sere qualche cosa che non sia più politico nel giudizio ma addirittura di amministrativo quando non di giudiziario, io pongo voi di fronte a questi eventuali interrogativi, perché si è nel legittimo quando si dice che una legge provinciale voluta da questo Consiglio si continua ad eluderla e a non rispettarla, vuol dire che si ritiene di avere qualche cosa da nascondere, e forse non solo in ordine ad una condizione politica che può presentare le critiche che qui stiamo facendo.

Io vorrei che un barlume di buon senso oltre che di buon gusto e di correttezza si facesse strada e si ritenesse non pago il Consiglio provinciale di quale tipo di rendiconto ma si potesse veramente disporre di qualche cosa di più di un semplice avere-dare, entrate e uscite, residui passivi all'inizio dell'anno e residui passivi alla fine dell'anno, ma un qualche cosa che rispetti più complessivamente la legge provinciale 15 del 1972 e che sappia calare nel vivo di un problema come quello della casa una capacità di interventi da parte del CER che tenga conto anche di quelli che sono giudizi, sollecitazioni, opinioni del Consiglio provinciale, che noi riteniamo in questa maniera sia ulteriormente svuotato di una sua specifica e precisa competenza, senza con questo nulla togliere e nulla dare di più o di meno a quello che è stato il lavoro che hanno portato avanti i singoli componenti del CER, che semmai avrebbero tutti gli interessi a dover presentare a loro volta questo tipo di rendiconto per essere più sollevati e rinfrancati anche in ordine all'attività che essi stessi vanno a svolgere.

**BALZARINI (DC):** Facendo parte del CER devo dire che l'art. 6 prevede al paragrafo e) un rendiconto. Forse non è chiaro il problema, perché può essere un rendiconto economico o un rendiconto specifico con il tipo e quante costruzioni sono state fatte, a quale gruppo linguistico sono state assegnate. Ritengo anche che il CER abbia una certa autonomia in quanto è un organo votato dal Consiglio provinciale, è un po' come la Giunta provinciale che esamina determinati problemi e li sottopone al Consiglio provinciale. Se si deve variare qualcosa questo è l'art. 6 punto c): "Sottoporre un rendiconto non solo contabile ma di quello che è stato fatto", perché l'interpretazione data dalla maggioranza è un rendiconto allegato al bilancio che andiamo ad approvare di anno in anno.

La DC rispetto a questo ordine del giorno si astiene, anche se riteniamo che si dovrebbe chiarire al punto e) dell'art. 6 cosa vuol dire rendiconto.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP):** Es ist das dritte Mal, daß wir uns mit einem ähnlichen Antrag befassen, in einem Jahr, 1982 und 1983. Ich muß dasselbe antworten, weil das Gesetz sich nicht geändert hat, daß diese Rechnungslegung regelrecht im März vom Wohnbaukomitee genehmigt worden ist, weitergeleitet worden ist, und Bestandteil ist der allgemeinen Rechnungslegung, die dem Landtag unterbreitet ist, die durch die Kommission

gegangen ist und jetzt noch, also vor den Wahlen vom Landtag genehmigt werden soll. Selbstverständlich muß eingehalten werden was da steht, daß eine Genehmigung erfolgen muß durch den Landtag auch dieser Rechnungslegung. Da kann man das sagen wie oft man will, wenn es nicht in den Kram paßt, dann nimmt man es nicht zur Kenntnis. Der Abg. Lunger ignoriert es einfach. Er sagt dann, wie gesagt, Nichterfüllung, Nichteinhaltung von Landesgesetzen von seiten des zuständigen Landesrates, aber daß dieses Gesetz regelrecht, so wie es lautet, eingehalten worden ist, wenn es ihm nicht in den Kram paßt, dann nimmt er es einfach nicht zur Kenntnis. Das ist die Art und Weise, wie er Politik macht.

Also wir haben regelrecht vorgelegt, es ist Bestandteil der Rechnungslegung, ist von der Kommission genehmigt worden, geht demnächst in den Landtag, so daß der Buchstabe als solcher und auch das was er sagt, der Buchstabe "rendiconto" heißt Rechnungslegung. "Rendiconto" heißt nicht politischer Bericht oder etwas anderes zum Unterschied von Berichterstattung. Wir könnten uns nicht vorhalten, daß wir das Gesetz nicht eingehalten hätten.

Übrigens, wo gibt es sonst noch in Italien in einer Region, in einer autonomen Region neben der eigentlichen Regionalregierung einen zweiten Ad-hoc-Regierungsausschuß, der zusammengesetzt ist auch aus Mitgliedern des Landtages und auch aus Mitgliedern der Opposition, wie es das Wohnbaukomitee ist, welches über 150 Milliarden eines 1.300 Milliardenhaushaltes, wovon 600 Milliarden Investierungsmittel, verwaltet. Wo gibt es das noch? In diesem Gesetz ist drinnen, daß diese Beschlüsse dieses Ausschusses sofort im Amtsblatt veröffentlicht werden sollen. Ich bin der Ansicht, daß hier Garantien geschaffen sind gerade für die Verwaltung der Mittel für den sozialen Wohnbau, die es für eine normale Verwaltung nicht gibt und die es nirgends sonst in Italien gibt, für die Verwaltung von Mitteln durch die Regionalregierungen.

Daher möchte ich nur noch sagen, daß wir selbstverständlich absolut nichts zu verbergen habe. Wie gesagt, es wird selbstverständlich das Wohnbaukomitee meinetwegen das nächste Mal auch detailliert berichten über die Verteilung zwischen den Sprachgruppen. Auch diesbezüglich haben wir absolut nichts zu verbergen, ob der Art. 15 eingehalten worden ist oder nicht. Wie gesagt, da haben wir in keiner Weise etwas zu fürchten. Aber selbstverständlich, ihr nehmt ja nicht zur Kenntnis, wenn man euch Tabellen verteilt, z.B. über die Verteilung der Institutswohnungen, wie die Institutswohnungen verteilt sind, das was euch nicht in den Kram paßt, das ignoriert ihr, das interessiert euch nicht. Dann wird ein Schema immer wieder vorgetragen, das der Wirklichkeit widerspricht. Wir haben da das Gesetz erfüllt und daher ist diese Verpflichtung gegenstandslos.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli e 4 astensioni.

**Ordine del giorno n. 2, presentato dal consigliere Mitolo:**

Il Consiglio provinciale, in considerazione di quanto espressamente previsto dall'art. 47 della Costituzione repubblicana, constatato come sempre più pressante sia il bisogno di case, soprattutto nei maggiori centri della provincia autonoma ed in particolare nel capoluogo, preso atto delle difficoltà di bilancio, per cui difficilmente potranno essere impegnate somme straordinarie per dotare l'IPEAA di nuovi fondi per la costruzione di case, ritenuto che - come già accaduto in passato - possa essere utile il rinnovo di un'operazione "riscatto casa" che consenta l'acquisizione di denaro da reinvestire nell'attività edilizia

impegna la Giunta

a predisporre uno studio per l'abrogazione e la modifica dell'art. 20 della L.P. 23.5.1977, n. 13 al fine di consentire agli attuali inquilini dell'IPEAA che ne avessero interesse, l'acquisto ad eque condizioni, dell'appartamento da essi abitato.

Mit Bezug auf die ausdrückliche Bestimmung gemäß Art. 47 der Verfassung der Republik, festgestellt, daß der Wohnungsbedarf vor allem in den größeren Orten der Autonomen Provinz Bozen und insbesondere in der Landeshauptstadt immer dringlicher wird,

in Kenntnis der schwierigen Haushaltslage, welche die außerordentliche Zweckbindung von Haushaltsmitteln, um dem Wobnauinstitut zusätzliche Gelder für den Bau von Wohnungen zuzuweisen, kaum erlauben wird, in der Erwägung, daß es zweckmäßig wäre, erneut eine "Aktion Wohnungsablöse" zu starten, wie es sie bereits in der Vergangenheit gab, um Geldmittel zu gewinnen, die wiederum in die Bautätigkeit investiert werden könnten,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, eine Studie zur Abschaffung und Änderung des Art. 20 des L.G. Nr. 13 vom 23.5.1977 zu erstellen, um den derzeitigen Mietern von Institutswohnungen, die daran interessiert sind, den Berwerb der von ihnen bewohnten Wohnungen zu angemessenen Bedingungen zu ermöglichen.

La parola al consigliere Mitolo.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, come avevo preannunciato nel corso dell'intervento e facendo seguito anche ad analoghi interventi di vari anni addietro quando anche il problema si é presentato, soprattutto quando avete approvato la legge del 23.5.1977, io intendo riproporre all'attenzione di questo Consiglio il problema del riscatto casa. Questa mattina nel suo intervento l'Assessore Benedikter verso la fine ha accennato al problema della vendita delle case che secondo lui porterebbe in particolare ad impoverire il patrimonio provinciale e che non darebbe sicuramente gli esiti che si possono sperare da



simili operazioni e cosa peraltro interessante almeno dal mio punto di vista, si è soffermato nel considerare ciò che accade nella vicina provincia di Trento. È importante che noi facciamo anche dei riferimenti e dei confronti, perché chiaramente a distanza di 50 km a me non pare giusto che vi siano comunità che fruiscono di certi privilegi, perché senz'altro privilegi sono, e comunità che viceversa vengono bloccate da questioni di principio o quanto meno da una certa impostazione e da un certo tipo di politica che non vede di buon occhio l'acquisto in proprietà delle case dell'IPEAA. È vero che attraverso la legge del piccolo risparmiatore e altre forme incentivanti si sviluppa un'attività che tende a favorire l'acquisizione in proprietà della casa ma queste agevolazioni sono ristrette a categorie particolari, ad una categoria di cittadini che sono ben delimitati, che potremmo definire categorie di ceto medio-alto. Resta comunque il fatto che a tutt'oggi giacciono di fronte all'Istituto case popolari ben 2.500 domande che richiedono le case in affitto e che nell'ambito degli attuali inquilini dell'Istituto case popolari ve ne è un bel gruppo i quali debbono lasciare a norma di legge queste case perché i loro redditi hanno oltrepassato le fasce di reddito che sono da rispettare per aver diritto a quelle case in affitto. Non solo, ma resta fondamentale la condizione dell'Istituto case popolari che è priva di mezzi ormai da più di un anno per poter affrontare i problemi della costruzione di nuove case. I programmi sono in ritardo, soprattutto per quanto concerne il settore delle Semirurali che potrebbe essere una volta portato a termine un bel volano e un bel colpo alle esigenze della città di Bolzano e non si esce da questo circolo vizioso. Abbiamo necessità di case ma non abbiamo i mezzi per costruirle, il Governo fa quello che può, la Provincia ha un bilancio ormai cristallizzato e in gran parte impegnato con le leggi pluriennali e con la sua impostazione programmatica, dove andiamo a trovare i soldi?

Io non credo di essere l'inventore dell'acqua calda, mi rifaccio anche ad una richiesta della stessa associazione degli imprenditori edili che per bocca dell'ing. Menegazzo suo presidente si è già rivolta all'Assessore Bendikter e alla Giunta provinciale, non solo ma nel convegno che fu tenuto proprio in quest'aula sul ruolo dell'industria negli anni 80 in Alto Adige ebbe a ribadire la necessità di trovare attraverso un'operazione di riscatto dei fondi necessari per affrontare questi problemi. Ora io chiedo che nel giro di un mese o due venga abolito l'art. 20 della L.P. n. 13 con il quale si è assunta la disposizione di vietare definitivamente a partire da una certa data e precisamente dal 1972 quindi con un provvedimento avente validità retroattiva quindi per me ingiusta, si è bloccato il processo di acquisizione delle case attraverso le operazioni di riscatto così come fino ad allora era stato operato. Non chiedo questo ma chiedo che le forze politiche di questo Consiglio si esprimano nel merito del principio e soprattutto che la Giunta tenuto conto di questo avvii uno studio che quanto prima sicuramente con la prossima legislatura

possa essere portato al vaglio del Consiglio e si possa quindi giungere alla modifica della legge che porti ad un risultato concreto.

Io sono d'accordo con l'Assessore Benedikter quando dice che non si deve svendere il patrimonio. Chiedo che le case siano vendute ad eque condizioni, quindi che si tenga conto del valore di mercato, che si tenga conto di altre condizioni quali possono essere il degrado, la dislocazione, altri fattori che possono portare a dare dell'abitazione da riscattare un quadro esatto perché sia valutato equamente. Non posso garantire che l'operazione sia di alta finanza, ma quando io penso che non più tardi di questa mattina si è richiesto l'aumento del tetto delle fasce di reddito addirittura con la creazione di una quarta fascia di reddito e la richiesta per questi appartenenti a questa categoria di mutui che possono essere agevolati con un contributo annuo del 6% che porterebbe a 3 milioni annue e quindi all'impegno di 200 interessati per un aggravio di 600 milioni all'anno alla Provincia, io dico che anche per coloro i quali potrebbero avere interesse all'acquisizione di case da prendere a riscatto si potrebbe studiare un'operazione che attraverso un contributo di interessi potesse favorirli per l'acquisizione a mutui che consentirebbero poi in sostanza di far affluire alle casse dell'IPEAA e della Provincia denaro fresco da reinvestire in programmi di attività edilizia. Con ciò raggiungendo due scopi, uno, quello di liberarsi di un certo tipo di inquilini che pesano gravemente sulle finanze dell'IPEAA e di liberare soprattutto coloro i quali non si trovano più nelle condizioni previste dalla legge per rimanere in quegli appartamenti, e poi di attivare un processo di ripresa dell'attività edilizia che è quanto in particolare ci interessa nel momento di crisi che tutti conosciamo. In sostanza il mio più che un impegno categorico vuole essere un indirizzo, ma vuole essere anche, e questo lo sottolineo, nei confronti delle forze politiche presenti in Consiglio provinciale, la richiesta di un momento di riflessione su questo tema, il tema del riscatto della casa, tenendo presente che con la legge del 1977 si è compiuto nei confronti di alcune categorie di cittadini un vero e proprio atto arbitrario di esproprio di diritti acquisiti, si è compiuto un vero e proprio atto di prepotenza, arrogante nei confronti di chi aveva già dei diritti acquisiti a cui si sono tolti malauguratamente perché il Governo ha ceduto in gestione e in controllo alla Provincia di Bolzano determinate sue competenze ma soprattutto determinati enti che gestivano case per particolari categorie di cittadini. Io ricordo che proprio nel 1977 in quella occasione si era già compiuto da parte del competente Assessorato o dell'IPEAA, posso sbagliare ma credo che possiamo sicuramente ottenere i dati, si era compiuto uno studio a fondo e vi erano numerose richieste proprio di ottenere la casa a riscatto, non perché venisse regalata. Non vogliamo assolutamente che con una pipa di tabacco si possa acquisire un alloggio che in effetti ha un suo costo e che giustamente deve essere pagato, ma questa categoria di cittadini va considerata al pari di altre categorie alle quali si è venuto incontro, alle quali si sono donati fior di milioni per costruirsi la casa

e magari si tratta di categorie che sono tra le benestanti. Io credo che in un quadro di sensibilità sociale che sempre tendete a sottolineare come vostra prerogativa esclusiva il problema possa essere affrontato, studiato e presentato per una soluzione la più logica, la più razionale, la più rispondente alle condizioni attuali della nostra comunità provinciale.

Io spero che il Consiglio si voglia pronunciare su questo tema che del resto è all'esame non soltanto del nostro modesto organo ma che rappresenta un problema tenuto presente dallo stesso governo nazionale, se è vero come è vero che vi sono forze politiche che partecipano all'attuale governo che insistono per riottenere il riscatto casa e insistono perché questa operazione venga effettuata non solo come un'operazione di carattere assistenziale pura e semplice ma come un'operazione che consenta una ripresa dell'attività edilizia. L'Assessore ha citato questa mattina la legge del 1963 dello Stato con il quale lo Stato aveva bloccato queste operazioni, ma lo posso anche capire perché in effetti quando fu messa in atto quella politica del riscatto delle case fu operata con dei criteri molto generosi, non abbiamo difficoltà a riconoscerlo, consentì a molti cittadini di ottenere una casa a condizioni particolarmente facili e scarsamente onerose. Non vogliamo ripetere quegli errori, vogliamo dare un valore equo ma cercare di attivare questo processo, soprattutto tenendo presente che a distanza di 50 km la gemella provincia di Trento opera in un certo modo e ci mette in condizioni di assoluta disparità non sempre giustificabile soprattutto in questo campo da pure considerazioni di carattere economico e politico.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, noi riteniamo opportuno votare questo ordine del giorno soprattutto perché sollecita l'indizione di accertamenti, studi ecc. tendenti al riscatto. Lo votiamo perché non è un ordine del giorno definitivo, non è impegnativo in ordine al problema ma in ordine all'esame del problema, è un problema che peraltro è presente nel resto del Paese anche se le questioni del riscatto delle case pubbliche è stato elemento abbastanza controverso, presenta sfaccettature a volte contraddittorie fra di loro e comunque in ogni caso oggi l'Assessore Benedikter si riferiva ad un disegno di legge del governo del 1981, ma credo che vi siano diversi disegni di legge. Comunque l'argomento è presente alle forze politiche e sociali e anche al di là della provincia di Trento e di quello che ha ritenuto di fare, anche altrove le sollecitazioni non mancano.

Detto questo vorrei precisare meglio il nostro pensiero in questo senso, primo che il riscatto ha delle sollecitazioni particolari in provincia di Bolzano da parte di quei nuclei familiari che avvertono l'esigenza di una maggiore tranquillità della casa, riprenderemo l'argomento con il nostro ordine del giorno, ma credo di aver constatato una più marcata sollecitazione in questa direzione in coincidenza con l'assunzione di criteri e normative da parte della Provincia autonoma tendente a met-

tere in discussione la possibilità di mantenere titolo ad un alloggio dell'IPEAA. Altrove, stando alle cronache dei quotidiani per come ci riportano queste manifestazioni, mi pare che non sempre la questione del cosiddetto riscatto ottenga adesione. Io sono al corrente della situazione milanese dove l'Istituto autonomo delle case popolari ha messo a disposizione gli alloggi ma le richieste sono molto al di sotto delle aspettative, perché probabilmente scattano meccanismi di convenienza e di condizione qualitativa del tipo di alloggio. Comunque credo che anche se sul piano nazionale si dovesse sbloccare il problema della possibilità di rimettere in circolazione alloggi di questo tipo, credo che bisognerebbe fare in modo che caso per caso, situazione per situazione, località per località, in particolare tramite un nostro disegno che vede sempre più coinvolti i comuni su questo argomento casa e di riflesso anche su questo uso del patrimonio pubblico, bisogna evitare di disfarsi di un patrimonio che deve continuare ad avere una funzione sociale rispetto il mercato privato. Non c'è dubbio che se l'ente pubblico si disfa di parti consistenti o quasi totalmente del suo patrimonio viene meno la possibilità di disporre del medesimo in funzione sociale. Si dirà che intanto un'altra aliquota di persone ha risolto più o meno definitivamente il problema della casa e con i mezzi recuperati si può far fronte ad esigenze per immettere sul mercato altri alloggi di tipo pubblico. Però l'esperienza dice che di fatto le regole che prevalgono non sono quelle che stavano a monte ma molte volte sono anche le peggiori, quale ad esempio quella di non fare in tempo ad avere ad un prezzo scontato questo alloggio per poi riciclarlo e metterlo nel circuito privato né più né meno come un qualsiasi altro appartamento. La materia deve andare vista in questa luce, perché se si viene incontro all'inquilino nella maniera che sappiamo che il riscatto è più favorevole che non l'acquisizione sul mercato privato, è anche vero che poi per motivi diversi costui ha un secondo appartamento non può affittarlo o rivederlo ad un prezzo di libero mercato, perché si tenga conto anche della provenienza di questo alloggio. Sono precisazioni che però sfuggono anche alla nostra provincia. E' un carattere generale di questo ragionamento che io intendo sviluppare e dunque se la Provincia autonoma ritiene di accedere innanzitutto a questo studio tutti noi teniamo conto di questi elementi. Lo dico anche per confermare un orientamento che noi abbiamo anche sul piano nazionale, cioè non di chiusura a questo riguardo e vorrei sottolineare con questo come sono smentite per l'ennesima volta certe affermazioni che vogliono dipingere i comunisti come particolarmente avversi chissà perché alla cosiddetta proprietà della casa, tenendo conto di che cosa significa per l'uomo una casa mi pare che sia dimostrato come una delle ambizioni più elevate di un nucleo familiare sia quello di disporre dell'alloggio in cui abita con una certa tranquillità.

Detto questo facciamo un ragionamento per quanto concerne la cosiddetta prima casa per questo nucleo familiare, il che porta a dire che naturalmente prima di accedere al riscatto occorre avere tutta una serie di

informazioni ad evitare sorprese. Faccio queste precisazioni per illustrare lo spirito e l'ambito entro il quale il nostro partito qui e sul piano nazionale vede il problema del riscatto che ad ogni buon conto assume questa peculiarità in provincia di Bolzano.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP):** Ich bin in meiner Replik darauf eingegangen, aber selbstverständlich gibt es da einige besondere Stellungnahmen dazu. Ich kann mir vorstellen, daß hinter dem Abg. Mitolo die gesamte INCIS steht, die gesamten Staatsangestellten aller Art, die eben in die Wohnungen des Nationalen Institutes für Wohnungen für Staatsangestellte hineingekommen sind. Und diese Wohnungen der INCIS sind nicht nur in Südtirol - er tut so, als ob das nur in Südtirol passiert sei, weil da die Regierung uns weiß Gott wie entgegengekommen wäre, die Zentralregierung - in ganz Italien sind die sogenannten INCIS-Wohnungen übergegangen auf die Institute. Ich habe heute gesagt, daß eben deswegen heute 528 ehemalige INCIS-Leute, d.h. Militärfamilien noch Mieter des Institutes sind. Und daß, wenn wir 150 Wohnungen dazugeben, dann sind es eben runde 8% der Wohnungen des Institutes, die an Familien von heute oder an ehemalige Militärpersonen, einschließlich Polizei, vermietet sind. Aber, daß diese Familien dann, indem der Staat vorgesehen hat, daß sie übergehen sollen auf das Institut und von den Instituten verwaltet werden sollen wie alle anderen Wohnungen, daß die gleich behandelt werden müssen und nicht so behandelt werden, als ob die INCIS weiterbestehe, umso mehr als wir heute keinen Tau haben und niemand, auch der Regierungskommissär sich nicht herabläßt uns mitzuteilen, wieviel Dienstwohnungen die öffentliche Hand, des Staates - und da meine ich die verschiedenen Ministerien, ob es dann die Finanz ist, ob es dann die Carabinieri sind, ob es die Eisenbahn ist oder wer immer -, wieviel Dienstwohnungen in Südtirol derzeit oder meinetwegen in dieser Nachkriegszeit unter dem Titel Dienstwohnungen gebaut oder gekauft worden sind. Das ist anscheinend Staatsgeheimnis, das brauchen wir nicht zu wissen, aber wir sollen selbstverständlich für das Militär oder für die Polizei oder für wen immer vom Staat sollen wir unsere Wohnungen zur Verfügung stellen. Aber wir dürfen nicht wissen wieviel der Staat insgesamt in Bozen derzeit Dienstwohnungen baut oder kauft. Das sind die Tatsachen. Bitte, etwas anderes auch zur Kenntnis zu nehmen. Im Jahre 1977 hat nicht nur die Provinz Bozen die Ablöse endgültig abgeschafft; der Staat hat die Ablöse der Institutswohnungen abgeschafft und bis auf heute ist beim Staat keine Ablöse grundsätzlich möglich und deswegen sind diese Entwürfe da, ich habe diesen Regierungsentwurf, den letzten 2.594 vom 13. Mai 1981, wo eben steht, im Falle einer Wohnung, die vor 1945 gebaut worden ist, der Mieter erwirbt nicht nur gratis die Wohnung, sondern er hat auch Anrecht auf eine Rückzahlung. Daß dann zu diesem Entwurf die Gesamtstaatliche Vereinigung der Institute, die bestimmt nicht im Verdacht steht, staatskapitalistisch zu denken, die hat Stellung genommen dazu und hat z.B. da gesagt: "Vendere

pubblico, significa sottrarre una risorsa di grande valore al controllo dello Stato - bei uns wäre die Provinz - e nel contempo vanificare la manovra su tale patrimonio, in relazione alle situazioni di emergenza e alle necessità abitative, che possono variare nel corso degli anni ed alle quali é possibile far fronte solo attraverso la disponibilità di un vasto patrimonio abitativo in locazione" u.s.w.

Ich habe die Gründe angeführt, die uns heute hier besonders bewegen, derzeit und in absehbarer Zeit nicht auf diese Idee einzugehen, abgesehen davon, daß es nicht viel Sinn hat, zwei Monate vor den Wahlen einen Landesausschuß zu beauftragen, der soll studieren, wie es da steht, das soll eventuell die Landesregierung tun, wenn sie glaubt, daß dieses Problem sozusagen neu aufgreifen soll, unter neuen Gesichtspunkten aufgreifen soll, es hat schon deswegen nicht den Sinn, aber beim Stand der Dinge, wo, das geht aus dieser Tabelle hervor, das interessiert euch selbstverständlich nicht, bevor die Ablöse bei uns abgeschafft worden ist, sind ab 1959 vom Institut 3.538 Wohnungen abgetreten worden, d.h. es bestehen die Verträge zur Ablöse, aber diese Wohnungen werden abgetreten. Selbstverständlich haben diese Wohnungen, 95% sind von Familien der italienischen Sprachgruppe bewohnt. Es ist da ein ziemlicher, ein hoher Prozentsatz, von 11.734, 3.538 Wohnungen sind im Zuge der Ablösung. Und daß es jetzt nicht aktuell sein kann, jetzt nicht davon die Rede sein kann, daß man zum jetzigen Zeitpunkt und ich sage auch in absehbarer Zeit nicht, an eine Ablöse denkt, abgesehen vom Trientner Gesetz. Das Trientner Gesetz hat Rechnung getragen den Reformgrundsätzen von damals, weil es heute ein neues Staatsgesetz nicht gibt, und die Reformgrundsätze ergeben, daß etwa, wenn es gutgeht, ein Viertel des Marktwertes der Wohnung gezahlt wird, aufgrund der Grundsätze der Rechtsordnung, an die wir gebunden sind, auch in unserer primären Gesetzgebung, was meiner Ansicht wirklich radikal ungerecht wäre. Abgesehen davon, daß der Erlös eben dann gar nicht mehr in Frage kommt für die Finanzierung von neuen Wohnungen. Wir wissen ja, die Abzahlung wird auch abgestottert in Jahrzehnten, was da herauschaut, das kann man sich ausrechnen, während wir immerhin noch von ganz Italien für den öffentlichen Wohnbau, ich habe es nachgewiesen, gegenüber dem Staate, der Staat gibt für ganz Italien 100%, geben wir 2% aus. Von dem was der italienische Staat in ganz Italien für den öffentlichen Wohnbau ausgibt, geben wir 2%. Man kann nicht sagen, daß wir hier irgendwie mit dem Bau von Wohnungen durch das Institut, daß wir etwa nicht großzügig vorgehen. Daher bin ich der Ansicht, daß es eben jetzt keinen Sinn hat, eine solche Tagesordnung zu verabschieden.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

**Ordine del giorno n. 3, presentato dal gruppo del PCI:**

**Il Consiglio provinciale  
consapevole**

della gravità e della dimensione degli sfratti nel settore abitativo anche nella nostra provincia;

preso atto che lo stesso Governo, di fronte all'insostenibilità della situazione ha prorogato gli sfratti fino ad un anno;

ritenuto che ancora più grave è una pratica degli sfratti se promossa dall'ente pubblico come può essere localmente per diversi inquilini dell'IPEAA, stante l'attuale normativa;

ritenuto ancora che l'intera questione delle fasce di reddito prese a riferimento per l'assegnazione, revoca, determinazione dei canoni, vada profondamente rivista e corretta;

**impegna**

la Giunta provinciale ad assumere il necessario confronto con le organizzazioni sindacali e degli inquilini per deliberare le necessarie modifiche all'attuale normativa - entro l'anno in corso - al fine di caratterizzare sempre più i tratti sociali che l'edilizia pubblica deve riflettere e, in ogni caso, a sospendere gli sfratti eventuali da parte dell'IPEAA.

-----  
Im Bewußtsein der schwerwiegenden Folgen und der Tragweite der Zwangsräumung von Wohnungen auch in unserer Provinz;

in Kenntnis der Tatsache, daß die Region selbst, angesichts dieser unzumutbaren Lage einen Aufschub der Zwangsräumungen bis zu einem Jahr beschlossen hat;

in der Erwägung, daß Zwangsräumungen noch schwerwiegender sind, wenn sie von der öffentlichen Verwaltung betrieben werden, wie diese nach den geltenden Bestimmungen örtlich in verschiedenen Fällen auf Mieter des Wohnbauinstituts zutreffen kann;

in der Überzeugung, daß die gesamte Angelegenheit der Einkommensstufen als Grundlage für die Wohnzuweisung, des Widerrufs, der Festsetzung des Mietzinses, von Grund auf neu zu regeln und zu berichtigen ist,

**verpflichtet**

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

die Landesregierung, die erforderlichen Aussprachen mit den Gewerkschaftsorganisationen und Interessenvertretungen der Mieter anzubahnen, um noch im laufenden Jahr die notwendigen Änderungen an der derzeitigen Regelung beschließen zu können und um den sozialen Charakter, der dem öffentlichen Wohnungsbau zukommt, stärker zur Geltung zu bringen und auf jeden Fall einen Aufschub der allfälligen Zwangsräumungen von seiten des Wohnbauinstituts zu beschließen.

Ha chiesto la parola il consigliere D'Ambrosio.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Signor Presidente, egregi colleghi, con questo ordine del giorno noi intendiamo sottoporre non solo all'attenzione del Consiglio tutto e dunque anche della Giunta provinciale, un problema particolare quale quello degli sfratti ma intendiamo sottoporre alla Giunta provinciale perché attui una serie di misure e di iniziative per innanzitutto sospendere eventuali sfratti da parte dell'IPEAA e compiere, tramite un necessario accertamento, anche determinate modifiche all'attuale normativa che può comportare appunto una accentuazione degli sfratti. Se ben ricordiamo, ancora una volta stamattina l'Assessore Benedikter facendo un elemento di tutta una serie di categorie citava fra queste quella degli sfrattati come una delle categorie verso le quali si dovrebbe intervenire considerata la loro peculiarità. Essere sfrattati è brutto sapendo cosa significa la casa, ma sapendo anche che un conto è lasciare un alloggio per averne un altro, un conto è essere sfrattati e non sapere dove sbattere la testa. Voi sapete che è di oggi la notizia del provvedimento del Governo che ha ritenuto di prorogare gli sfratti fino ad un anno nei modi come il decreto riporterà, il che la dice lunga su un fenomeno che è a sua volta dimostrazione dell'acutezza del problema casa. Ma se è brutto lo sfratto per esigenze del locatore, singolo o grande immobiliare per i motivi diversi, per ristrutturazione dell'alloggio, per destinazione ad uso diverse, è ancora più brutto lo sfratto quando questo viene promosso da un ente pubblico, in questo caso la Provincia autonoma perché essa ha competenza tramite il patrimonio dell'IPEAA. Si potrebbe aggiungere ancora che vi sono altri sfratti anche da parte di altri enti pubblici, sfratti che ancora non sono presi nell'adeguata considerazione nel senso che non rientrano in provvidenze che la Provincia può mettere a disposizione verso altri, e mi riferisco a coloro i quali hanno cessato un rapporto di servizio con determinate pubbliche amministrazioni. Per non andare tanto distante è di questi giorni da parte dell'Amministrazione ferroviaria, parlo di coloro che occupano un alloggio di servizio e cessando il servizio cesserebbe il titolo ad occuparlo, ma la Provincia autonoma verso questi non fa nulla eppure sono anche cittadini di questa terra. Ma dicevo, se è brutto in generale il termine sfratto e la condizione degli sfrattati, lo è ancora di più quando lo sfratto avviene da parte dell'IPEAA non per particolari reati ma per alcune considerazioni quali ad esempio il cosiddetto tetto di reddito. Quando dico questo non dico che chi una volta entra nell'alloggio dell'IPEAA in ogni caso e a tutti i costi deve mantenere titolo ad occuparlo, si tratta di vedere quali sono le condizioni reali, ad esempio dispone di un alloggio proprio autosufficiente, è chiaro che sarà fermamente sollecitato a lasciare libero l'alloggio pubblico. Se dispone di redditi particolari sarà fatto altrettanto. Ma dove stabiliamo il reddito particolare oltre il quale uno deve essere sfrattato? Noi siamo contrari al criterio attuale per il semplice fatto che sfratterebbe coloro i quali



hanno un nucleo familiare all'interno del quale lavorano marito e moglie. Questo è il dato di fondo che noi non riusciamo a tollerare perché è punitivo verso un'emancipazione dei cittadini e dei lavoratori attraverso il lavoro onesto, perché è particolarmente punitivo verso le donne che le vorrebbe relegate verso un lavoro domestico o nero, perché crea sperequazioni di fatto fra coloro i quali sono lavoratori dipendenti con un reddito accertabile e coloro i quali invece non essendo possessori di un reddito accertabile nei fatti dispongono di risorse di gran lunga maggiori di coloro i quali hanno solo il torto di essere muniti di un modello 101 che stabilisce le retribuzioni.

L'altra questione verso la quale siamo fermamente contrari è che il criterio qui usato provoca delle situazioni paradossali perché riferirsi al reddito dei tre anni precedenti può comportare in diversi casi e questo già avviene, il superamento del cosiddetto tetto ma nel momento in cui lo sfratto dovrebbe prendere corpo sono modificate profondamente le condizioni che venivano registrate nel periodo precedente, ovvero uno può essere andato in pensione, può avere modificato la sua attività lavorativa, una situazione di crisi può addirittura aver messo in pregiudicato il posto di lavoro stesso. Allora perché così severi e punitivi nei confronti di costoro? Perché invece non si adottano quei criteri in uso presso altre regioni nel resto del Paese che articolano semmai il canone a condizione delle capacità di reddito del nucleo familiare? Noi non solo siamo fermamente contrari ma riteniamo che l'intera materia vada rivista e mi soffermo sulla questione dello sfratto che è l'essenziale, ma non è secondario il discorso delle fasce di reddito in quanto tali anche per poter concorrere all'assegnazione degli alloggi. Nel corso della legge esamineremo un articolo a questo riguardo, abbiamo già citato anche nella nostra relazione di minoranza che si inserirebbe ai lavoratori della polizia, ma già questo fa pensare come si riconosce insuperabile un determinato limite quale quello della fascia di reddito, si crea una deroga anziché modificare complessivamente questo criterio sapendo che il reddito è solo uno degli elementi che concorre a fare la graduatoria, ci sono altre condizioni poi che formano il punteggio, la condizione dell'alloggio, il nucleo familiare, la residenza e quanto altro è previsto dall'attuale normativa. Per cui noi riteniamo che anche il tetto di reddito per quanto concerne la domanda dell'alloggio vada rivista.

Poi c'è una palese contraddizione fra il sollecitare ad andare ad occupare i posti della pubblica amministrazione, cosa giusta e poi sapere che le qualifiche più modeste o comunque non elevatissime di questi lavoratori sono escluse dalla possibilità di concorrere all'assegnazione di un alloggio IPEAA. Lavoratori di modestissime qualifiche, dipendenti delle poste, delle ferrovie, della pubblica amministrazione statale, per gli attuali criteri che dovrebbero regolamentare l'accesso alle graduatorie IPEAA sono esclusi, ma non perché dispongono di chissà quali redditi, ma perché questi importi sono gonfiati dall'inflazione non che oggi si acquisti tanto di più di cinque o dieci anni fa, ma ci sono solo cifre

gonfiate ma la potestà d'acquisto è ridotta perché ormai la scala mobile incide e copre circa il 60% media delle retribuzioni. Allora perché si usano questi criteri? E' inutile che l'Assessore Benedikter ci venga a dire che ci sono più di 2400 persone che fanno le domande, ci dica apertamente che si vuole preventivamente escludere delle persone per evitare che queste domande diventino 3, 4, 5 o 6000 cioè per scostare pregiudizialmente dalla domanda per un alloggio IPEAA coloro i quali ne avrebbero di bisogno. Questa è la verità brutale che non si confessa ma che oso affacciare io, perché è vergognoso dire che ce ne sono 2.400 quando si sa bene che sono 2.400 perché si mette il catenaccio del tetto di reddito troppo basso in quanto chi ne ha di più non può neanche concorrere. Su questo piano io sollevo qui una considerazione che dovrebbe essere degna di essere presa in attento esame sul fatto che ci sono cittadini che hanno una disparità di fronte alla legge. Io non capisco perché i lavoratori che in gran parte concorrono a formare i fondi con cui vengono realizzate queste case, debbono essere per questo solo elemento esclusi. Si dica che il punteggio varia a seconda del reddito e state tranquilli che chi ha un reddito più elevato avrà meno punti e quando le case non ci sono per tutti saranno graduate e chi avrà meno punti sarà escluso rispetto chi ne ha di più. Perché non si vuole accogliere questo? Ancora una volta secondo noi per fare opera di dissuasione, per allontanare delle pressioni verso l'ente pubblico che dovrebbe rispondere verso questo tipo di edilizia.

Faccio un'ultima considerazione sulla questione attinente il problema della cosiddetta crisi economica, il problema della cosiddetta competitività che non più tardi di tre giorni fa un Ministro, inaugurando la Fiera di Bolzano affacciava. Si fa un gran parlare, anche perché i dati e le statistiche sono elementi che vanno tenuti nel debito conto, si faceva tutto un ragionamento su quanto del prodotto lordo è destinato all'esportazione e di quanto è essenziale per la nostra economia essere competitiva. Vero, ma signori cari, fin tanto che un lavoratore per essere competitivo con la vita deve affrontare, solo per il capitolo casa una fetta così consistente della sua retribuzione, non c'è dubbio che cerca il modo per rifarsi che non può che essere un aumento delle retribuzioni, e se noi vogliamo far sì che questo non sia il cane che si morde la coda, che spiazzi la nostra economia, il cosiddetto costo del lavoro e la competitività anche con mercati internazionali, non c'è dubbio che non si può assecondare una politica assurda che porta a dire come in certi casi circa il 50% della retribuzione è bruciata dal solo capitolo casa, e pretendere che la vita del domani sia quella dei frati Francescani per cui tolte le spese vive della casa, dell'abbigliamento, del mangiare e di altre strette necessità non ci sono più margini per una vita normale. Parlo dei lavoratori nella loro grande massa, soprattutto in un periodo di crisi perché non è possibile. Allora ecco che anche l'ente pubblico attraverso le sue competenze, le sue risorse deve cercare di comprendere come la considerazione più strettamente sociale che è prioritaria, si deve saldare anche con quest'altro elemento, non c'è dubbio che continuando questa

politica ci sono delle possibilità e delle spinte per rifarsi da una mano anziché con l'altra. Se si costringe il lavoratore a pagare tangenti sempre più insopportabili tra casa, affitto, spese di condominio ecc. non c'è dubbio che vi siano pressioni per aumenti salariali che comportano quello che ho detto. Ecco perché è ulteriormente ingiusta una politica che qui riassumiamo nell'ordine del giorno che dice che escludendo dalla domanda coloro i quali hanno il tetto troppo basso, non è giusto, secondo me è anche discutibile sul piano del diritto costituzionale, è contraddittorio rispetto alle sollecitazioni ad essere onesti, perché poi chi è meno onesto e si fa da sé la dichiarazione dei redditi resterà vita natural durante e ripropone ancora una volta l'esigenza che siano profondamente riviste tutte queste considerazioni porta a dire che vanno riviste le norme che oggi regolamentano la materia. Badate che la questione è articolata, parla dei tetti di reddito ma parla dei canoni e sulla questione dello sfratto, io ho decifrato così l'intervento debole dell'Assessore Pasquali, nel quale mi pareva d'aver colto un elemento di opportunità di revisione degli attuali termini. Io non so poi se per strumentità, dato che si avvicina la scadenza elettorale, qualcuno ritiene di non svegliare il cane che dorme. Io so tramite le associazioni degli inquilini, sappiamo anche da persone che sono addentro dal punto di vista amministrativo alla ragione del contendere che ci sono centinaia di lettere già pronte, ovvero è stato già accertato che sono centinaia i nuclei familiari che avrebbero maturato titolo allo sfratto, con l'interrogativo di dove vanno poi. Nella discussione generale ho detto che qualcuno spera che con lo sfratto se ne vadano anche fuori dai piedi, ho usato questo termine, ma questo semmai serve a sottolineare una pesantezza e un'acutezza della situazione che merita rapidamente di essere affrontata e risolta. Sollecitiamo questo con l'ordine del giorno, come il doveroso confronto a nostro parere con le organizzazioni dei lavoratori e degli inquilini.

**PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):** Io voglio distinguere nell'intervento che ha fatto il collega D'ambrosio tra l'impostazione che ha voluto dare ad un'esigenza di aumentare in generale i tetti di reddito per quanto riguarda l'intera tematica dall'assegnazione a tutto quello che può contribuire a fare punteggio, a tutto quello che riguarda il problema della revoca degli inquilini dell'IPEAA. Ancora una volta cerco di fare questa distinzione ragionando in questi termini: o si è nelle condizioni attraverso l'edilizia sociale di venire incontro all'intera richiesta che deve agevolare la categoria meno abbiente attraverso la disponibilità di alloggi oppure si è costretti attraverso un punteggio a ragionare sulla qualità di questo punteggio. Io non apro ancora il discorso sul sussidio casa che se finalmente applicato come ci auguriamo tutti nei termini e nei modi che la legge dispone per me dovrebbe rappresentare una sostanziale innovazione e linea di tendenza nell'intera politica della casa perché se non altro viene a disporre un'uguaglianza di trattamento nei confronti dell'intero inquilinato a basso

reddito: o ti dó la casa o ti metto nelle condizioni di fare un intervento nei tuoi confronti equiparato al trattamento che hai nell'IPEAA. Ma é impossibile non fare un ragionamento che faccia riferimento ad una valutazione di reddito perché se si dovesse alzare nei termini dobbiamo anche essere consapevoli che si commette una grave ingiustizia nei confronti di coloro che hanno un reddito più basso di quello e che non hanno diritto ad entrare. Non so se sono chiare le mie parole e sono talmente chiare, analizzando i dati dell'IPEAA degli ultimi due anni, dove le domande sono state relativamente poche, mi pare 2.500 su 6.000 dove solo da queste domande risulta chiaramente che il punteggio raggiunto é determinato fondamentalmente da reddito pari al tetto che viene disposto che é quello di 6 milioni dopo le detrazioni previste. Se questo é vero, come é vero possiamo immaginare in quali condizioni li mettiamo nel non disporre nei confronti di un'utenza della migliore possibilitá nei confronti di quelli che hanno redditi bassi. Più alzo il reddito per avere diritto all'accesso più si corre il rischio, almeno nella situazione attuale di commettere un'ingiustizia grave nei confronti del più povero. Questo é un punto fondamentale che ho sempre cercato di spiegare, proprio di fronte a quella che é una limitatezza, perché siamo in presenza anche di elementi che dovrebbero avere una loro consistenza anche in presenza dell'equo canone.

Sulla seconda parte del discorso io confermo, da questo punto di vista stiamo valutando di cercare un'intesa e vedere se é il caso di presentare un emendamento, perché si pone il problema di vedere se si può adottare una correzione per quelli che sono i criteri della revoca da parte dell'IPEAA perché sono mutate alcune circostanze, perché si é nelle condizioni di analizzare le caratteristiche di coloro che sono colpiti, ci sono varie ragioni che ho detto l'altra volta e che riconfermo e vediamo nel proseguo dell'esame del disegno di legge se un'iniziativa che discuteremo può avere successo. In questo uso la capacità di ragionamento politico oltre che ragionamento personale, di gruppo, per dare una valutazione che sia interpretativa di quella che é una realtà che potrà essere pesante, difficile grave finché si vuole ma che é realtà che dobbiamo vivere ed interpretare nei limiti di quelle che sono le possibilitá che ci sono.

Con questa premessa noi non possiamo essere favorevoli, ma contrari a questo ordine del giorno perché dispone una revisione totale, complessiva, non ragionata e quindi vedi che non mi sto adeguando ad iniziative che siano tali da aggrapparsi al cosiddetto momento politico, ci sono iniziative che anche in questo momento politico devono essere sviluppate, esaminate e valutate secondo quella obiettività e sensibilità politica che ognuno di noi può esprimere.

**COSTALBANO (NS-NL):** Signor Presidente, egregi colleghi, se dovessi esprimere una mia posizione in merito a questo problema come al problema precedente sul quale mi sono astenuto, devo dire che ci sono due valutazioni che vanno fatte, una di principio l'altra in merito all'opportunità

e alla contingenza. Sono valutazioni diverse che devono essere fatte perché anche precedentemente, per quanto mi riguarda in linea di principio sono contrario alla proprietà perché l'ente pubblico deve avere una propria funzione all'interno della collocazione e una propria politica nei confronti della casa e la deve svolgere anche con i propri mezzi. Quando si sottrae la proprietà dall'ente pubblico e la si trasforma in proprietà privata, si sfornisce l'ente pubblico delle possibilità di un intervento che dovrebbe essere di razionalizzazione all'interno del sistema. Più si entra nella logica del privato, questa è talmente perversa che modifica e aggrava complessivamente i problemi. Per questo io sono convinto della proprietà privata e della politica di proprietà della casa. Nel contesto in cui avvengono le cose c'è da fare una valutazione diversa, per cui mi viene spontaneo dire che per forza la SVP è contro la concessione della proprietà degli inquilini perché un patrimonio edilizio viene dato in proprietà fondamentalmente al gruppo etnico italiano. Questa potrebbe essere una valida motivazione che l'Assessore Benedikter magari non ha citato ma che è nella realtà dei fatti.

In questo caso invece io dico che quanto esposto dall'Assessore Pasquali mi trova consenziente, perché in linea di principio non è accettabile che delle fasce di reddito che teoricamente possono provvedere al bene della casa sia in proprietà che in affitto, sottraggano delle potenzialità a chi invece non ha un reddito sociale sufficiente per provvedere. E' una questione fondamentale e ci tengo a sostenere che di fatto sono i redditi bassi che vanno privilegiati nell'iniziativa della casa e prendo atto della posizione dell'Assessore Pasquali che ritengo corretta. Il problema è che al buio tutti gli asini diventano bigi, al buio perché quando c'è una situazione della casa, in cui non si tratta neanche più di questioni di carattere economico ma di assenza assoluta del bene casa sul mercato, la variazione del reddito di due o tre milioni all'anno, siamo arrivati ad una situazione così grave che non è più neanche l'elemento economico quello determinante, è il bene casa che non esiste più. Chi ha una fascia di reddito bassissima si trova doppiamente svantaggiato.

Quello che non posso approvare nel contesto di questo ordine del giorno è un riferimento alla politica della casa ad una modifica che si rifà alle fasce di reddito. Io sono d'accordo che ci vuole una modifica complessiva sul problema della casa che non riguarda le fasce di reddito, ma tutta la politica del problema della casa, per cui il problema della facilitazione data alla proprietà non mi trova più consenziente. Il problema contingente è un altro ed è quello della revoca. Effettivamente in questa situazione la revoca diventa una cosa disumana perché fra l'altro non prevede neppure degli elementi al di là dei tre anni, ma il fatto di perdere il lavoro, di avere un abbassamento di reddito, ecc. comporta che uno ricade nella condizione di poter concorrere a queste facilitazioni che gli erano state date. Ad un certo punto non si può prescindere da questi fatti. Queste cose vanno esaminate attentamente e vanno trovate delle soluzioni che possono ovviare a queste situazioni, nel senso che la

legge può essere anche dura ma non è detto che non possa essere cambiata. La normativa deve essere cambiata quando ci si trova di fronte a dei meccanismi che possono essere perversi, che sono in contrasto con la razionalità, con un rapporto democratico, serio e corretto. Di fronte a queste cose dico che è giusta una revisione della normativa e questo impegno dell'ordine del giorno per quanto riguarda questa parte mi trova consenziente. Se Lei Assessore Pasquali dice che c'è la possibilità di arrivare a prevedere qualche emendamento io sarò disponibile ad esaminare concretamente la cosa.

**MITOLO (MSI-DN):** Signor Presidente, egregi colleghi, questo ordine del giorno dá motivo di diverse considerazioni anche perché parte da un certo tipo di problema per giungere ad una conclusione più complessa che prevede di allargare il suo interesse a molteplici aspetti di un'unica situazione. Io tengo a ribadire che non è assolutamente accettabile che chi ha certi redditi può continuare ad usufruire dell'alloggio delle case popolari, perché le case popolari vanno date a coloro i quali rientrano nelle categorie previste dallo statuto dell'istituto stesso. E' chiaro quindi che ove si superino certi limiti è giusto a mio modo di vedere che costoro provvedano per proprio conto. Ma detto questo non possiamo nemmeno nasconderci dietro un dito nel non tenere presente quella che è la situazione reale del mercato di oggi, dove non si trovano appartamenti ad affitto decente o addirittura non si trovano nemmeno appartamenti se non per acquistarli. C'è tutto un discorso che abbiamo fatto tante volte sulle responsabilità di questa situazione, ve lo risparmio perché sapete come la penso, ma sta di fatto che la situazione del mercato è questa, per cui noi prendendo certi provvedimenti rischiamo di aggravare tutta un'altra situazione che è già di per sé stessa pesante, tant'è che lo stesso Governo ancora oggi ha preso dei provvedimenti per prolungare i termini di sfratto. A questi termini non potrà sottrarsi nemmeno l'IPEAA. In linea di principio io concordo con quelli che dicono che debbono essere favorite le categorie meno abbienti, i redditi più bassi e non gravati costoro dall'ente pubblico che ha per dovere suo quello di tutelare queste categorie, ma intanto si potrebbe dire che queste categorie potrebbero essere tutelate anche aumentando il punteggio e quindi consentendo sempre a queste un vantaggio rispetto alle altre. Ma io devo ricordare ai colleghi del Consiglio che proprio quando votammo la legge del 1977 io avevo presentato un emendamento che si riferiva espressamente a queste categorie di coloro i quali avevano superato la fascia di reddito e per non mettere costoro nella condizione di essere degli sfrattati e sulla strada avevo proposto questo emendamento che dice fra le altre cose: "L'assegnatario per il quale ricorra la condizione della revoca di cui alla lett. d) dell'art. 17 del D.P.R. 30.12.1972, n. 1035, può richiedere al Presidente dell'Istituto autonomo case popolari competente di occupare l'abitazione a titolo di locazione. Il Presidente dell'Istituto autonomo case popolari accoglie la richiesta e la locazione è regolata dalle norme sul-

la disciplina per la locazione di immobili urbani a partire dalla data della loro entrata in vigore. In via transitoria si applica un canone doppio di quello determinato a sensi del presente articolo". Ed era una via d'uscita. Naturalmente come mi è successo per l'ordine del giorno precedente, oltre alla latitanza di molti dei consiglieri in particolare di quelli che fanno parte dei gruppi che sostengono la Giunta anche altri consiglieri si sono ben guardati dal votare questo emendamento. Sarebbe stata una soluzione che credo debba essere tenuta presente anche in questa sede per la difficoltà crescente che è venuta a determinarsi ormai da anni a questa parte.

In linea di principio ritengo che si debba affrontare il problema e prendo atto di quanto ha detto l'Assessore Pasquali che è in corso di gestazione un certo accordo. La valuterò certamente, mi farò il dovere se non è il caso di riproporre anche questo emendamento all'attenzione dei colleghi consiglieri con la speranza che abbia migliore attenzione e migliore successo anche se è proposto dal MSI-DN, ma certamente non posso non negare una certa validità ad alcune delle tesi esposte dal collega D'ambrosio. Però ci dobbiamo dire con tutta onestà che non possiamo continuare a fare il pesce in barile, perché o si è per una politica che è a difesa dei ceti minori, meno abbienti, dei più poveri, e allora questa comporta di prendere certe posizioni anche impopolari, anche a rischio di qualche difficile situazione nei confronti di coloro i quali debbono subire la legge, altrimenti poi finiamo per creare le condizioni per evadere sempre e comunque dai dettami delle leggi, e questo non credo che sia accettabile, non è neanche sostenibile. Però mi permetto di ricordare ancora una volta che già questa mattina un collega della SVP parlava di una quarta fascia di reddito, il che significa che questo problema dell'aumento delle fasce di reddito è sentito anche nell'ambiente della SVP. Il che mi porta a concludere che sarebbe opportuno magari un incontro generalizzato per studiare la situazione tra noi forze politiche prima ancora di affrontare una questione per esempio con gli organi sindacali come propone l'ordine del giorno e l'associazione degli inquilini. Siamo qui tutti noi, possiamo affrontare la cosa e risolverla nel miglior modo possibile.

**KASERER (SVP):** Es ist nicht das erste Mal, daß ein ähnlicher Antrag hier im Landtag eingebracht worden ist und zwar, muß ich sagen, eigenartigerweise immer von der Linken und das wundert mich.

Es scheint, daß man jetzt in der Vorwahlzeit von seiten der kommunistischen Partei hier wiederum im Trüben fischen will, denn sonst wäre es nicht verständlich, wieso gerade die kommunistische Partei sich dafür einsetzt, daß wohlhabende Bürger in den Mietwohnungen drinnen bleiben können, während einkommenschwache Familien nicht die Möglichkeit haben, in diese Mietwohnungen des Instituts hineinzukommen. Das wundert mich schon etwas und ich finde es als eine ungerechte Sache.

Es ist aber noch ein anderer Hintergrund bei der ganzen Sache. Wir alle wissen, daß bis vor kurzem die Mietwohnungen des Institutes in erster Linie an die Italiener in diesem Lande ergangen sind. Die deutsche Bevölkerung ist kaum berücksichtigt worden und es hat den Anschein, als ob die kommunistische Partei hier verhindern will, daß es in absehbarer Zeit auch zu einem gerechten Proporz bei den Mietwohnungen kommt. Denn wenn diese Mieter drinnen bleiben, dann dauert es umso länger, bis eben dieser Proporz erreicht wird und ich glaube, gar so ungerecht scheint es mir nicht, daß einer, der ein bestimmtes Einkommen überschreitet und zwar längere Zeit hindurch, drei Jahre, und er weiß ja selber, wieviel er verdient, daß er sich um eine andere Wohnung umsieht bzw. daß er hergeht und sich auch wie andere, die das Einkommen überschreiten, um in eine Mietwohnung hineinzukommen, sich auch bewirbt, ein Ansuchen beim Amt für geförderten Wohnbau stellt, entweder um eine Wohnung zu kaufen oder um eine Wohnung zu bauen. So wie es den Anschein hat muß man also hier diese Absicht unterscheiden, daß man also einmal den minderbemittelten Bürgern den Einzug in die Mietwohnungen verhindern will und die besser Verdienenden drinnen lassen will; und auf der anderen Seite, daß man nicht dazu beitragen will, diese Ungerechtigkeit, die damals entstanden ist, wiederum mit der Zeit gutzumachen.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin der Meinung, daß die Institutswohnungen, die Mietwohnungen den bevölkerungsschwächeren Schichten zustehen und daß es nicht angeht, daß Bürger, die ein bestimmtes Einkommen überschreiten, unbefristet in solchen Wohnungen bleiben. Der Meinung bin ich auch, bin aber gleichzeitig der Meinung, daß eine Kündigung und eine Räumung nicht der richtige Weg und schon gar nicht ein glücklicher Weg ist. Man soll einen Weg finden, der insgesamt mit möglichst vielen Vorteilen verbunden und wenig Nachteilen verbunden ist. Und wie kann man einen solchen Weg finden? Denn der Weg der Kündigung und Räumung ist mit den verschiedensten Nachteilen verbunden. Erstens einmal ist es nun einmal heutzutage in Bozen furchtbar schwer, eine freie Wohnung zu finden. Zweitens ist eine Umsiedlung immer mit großen Mühen und Spesen verbunden. Ich kann alle Mieter verstehen, wenn sie sich, so weit es geht, gegen eine Umsiedlung sträuben. Denn jeder, der das mitgemacht hat, weiß, wieviel Strapazen, wieviel Nervenauftreibung und auch wieviel Spesen immer jede Umziehung kostet. Nun, es wurde hier gesagt, die können ja, sollen ansuchen, um neue Wohnung kaufen zu können, um einen Beitrag usw. Ganz abgesehen davon, wie man in den vergangenen Jahren ja gesehen hat, dauert es oft lange bis solche zum Zuge kommen, ganz abgesehen davon, aber bleiben mit einem solchen Neuerwerb einer anderen Wohnung die ganzen Mühen, Umstände und Kosten verbunden. Es ist nun einmal so, daß eine öffentliche Verwaltung so arbeiten soll, daß sie auch insgesamt den Bürgern, der Volkswirtschaft möglichst Kosten erspart. Somit, der, meines Erachtens, einfachste und auch gerechteste Weg wäre der, daß diese Wohnungen den Mietern zum



Kauf angeboten werden, wie auch vor wenigen Tagen, in der letzten Woche die Kollegin Franzelin ganz offen hier gesagt und befürwortet hat. Ich habe das schon vor drei Jahren befürwortet. Zum Kauf anbieten, nicht geschenkt, zum Kauf. Den Bürgern, diesen Betreffenden, die eben die Einkommensgrenze überschreiten, können die gleichen Beihilfen gewährt werden, wie wenn sie eine andere Wohnung kaufen, mit dem Unterschied, daß ihnen da kein Beitrag direkt gegeben werden muß, sondern daß von dem Betrag, der zu zahlen ist, die Beihilfen in Form von Zinsenbeiträgen durch eine Streckung der Raten irgendwie abgezogen werden. Also, es braucht kein zusätzliches Kapital, sondern die Begünstigungen, Zinsenbegünstigungen können aus dem Kapital genommen werden, das die Käufer dem Land zahlen müssen, und zusätzlich bekommt das Land weiteres Kapital, um damit neue Wohnungen zu kaufen und für bedürftige Mieter zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Wege meines Erachtens würde insgesamt wohl am gerechtesten eine Lösung erreicht. Noch etwas fällt ins Gewicht. Viele dieser Wohnungen sind alte Wohnungen, d.h. die Erhaltungsspesen für das Institut werden immer größer. Früher oder später werden diese Wohnungen oder Häuser auch unter Umständen saniert oder großteils erneuert werden müssen mit ungeheuren spesen. Werden aber diese Wohnungen abgestoßen, dann entbindet sich die öffentliche Hand der früher oder später auf sie zukommenden großen Spesen, denn die übernehmen ja dann die neuen Eigentümer, und die öffentliche Hand kann neue Wohnungen kaufen oder bauen. Auch in diesem Sinne ist es für die öffentliche Hand günstiger, diese Wohnungen zu verkaufen als alte Wohnungen dauernd zu haben, die man dann fast zum Teil neu bauen wird müssen. Denn die Wohnungen können zu dem Marktwert, den sie haben, verkauft werden, die Käufer wissen, wie alte Wohnungen sind, was sie auf sich nehmen und so können dann aber neue Wohnungen gekauft werden, die länger dienen. Denn was nützt es, Wohnungen zu haben, die dann früher oder später praktisch neu ausgebaut werden müssen, wo ich fast das gesamte Kapital investieren muß, das ich für den Kauf oder Bau einer neuen Wohnung sowieso brauche. Deswegen, meines Erachtens ist das der beste und der gerechteste Weg und es sind jetzt schon auch viele deutsche Familien, die da früher oder später ausziehen müssen und die diesen Weg beschreiten möchten, diesen Weg anpeilen. Deswegen hat es mich gefreut, daß die Kollegin Franzelin in der letzten Woche ganz offen hier diese Forderung gestellt hat, diesen Antrag vorgebracht hat, den ich eben schon vor Jahren vorgebracht habe. Meines Erachtens kann nur das der Weg sein. Deswegen kann ich dieser Tagesordnung nicht zustimmen, aber, meines Erachtens, der Weg wäre der, den ich hier aufgezeigt habe.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** Molto brevemente perché non debbo rifare l'illustrazione ma per obiettare e precisare in ordine alla discussione che ne é scaturita. Debbo dire a questo punto, come altre volte abbiamo dovuto affermare che non c'è peggior sordo di chi non vuol sentire. Nel nostro ordine del giorno non si dice di non tenere conto della condizione di coloro i quali hanno il reddito più basso, ripeto, avremo

difetto di linguaggio forse ma dato che é la terza volta che presentiamo un ordine del giorno del genere ormai dovrebbe essere chiaro anche per le pareti che cosa vogliamo dire. Noi diciamo che fermo restando il complesso delle voci che concorrono a formare una graduatoria va elevato il tetto di reddito per consentire la presentazione di una domanda perché può darsi che proprio in quanto maggiore il titolo per altre voci vi possa essere più diritto per uno che guadagna 10 milioni rispetto uno che ne guadagna 9 o 8 perché ha altri elementi che sono riconosciuti dalla graduatoria, sarà invalido, avrà 5 figli, avrà i genitori e la suocera a carico, avrà una residenza maggiore ecc.

Noi non vogliamo che si perpetui una eliminazione a priori dalla possibilità di presentare la domanda solo perché si ha un reddito superiore. Elevare il tetto di reddito non significa automaticamente dire dó la casa a costoro anziché ad altri, significa consentire di concorrere e dato che l'Assessore Pasquali dice che le caratteristiche soprattutto devono essere quelle di venire incontro alle fasce più deboli, le fasce più deboli non vengono sovvertite ma in certi casi anche perché i salari sono gonfiati dall'inflazione, io dico che deve essere reso possibile presentare la domanda, non essere dichiarato preventivamente fuori gioco e alla fine stabilire tramite una somma di varie voci qual é la graduatoria totale. Oso dire che se si aggiunge di uno o due milioni la possibilità di accedere alla domanda non si sovverte qualcosa. Voi volete dimostrare che non c'è bisogno di casa impedendo di presentare le domande. Non ci sono altre motivazioni. Voi volete alleggerire il fardello dicendo preventivamente non puoi concorrere, invece vi può concorrere perché il bisogno della casa ce l'ha l'insegnante, l'impiegato della Provincia, il dipendente dell'azienda di trasporto, tutti gli uomini. Dato che non ve la sentite di rispondere con una rispondente iniziativa politica per soddisfare questo tipo di richiesta, dite di non voler prendere in giro la gente. Ma questa é anche l'ammissione di una insufficiente iniziativa a questo riguardo. E lo dimostra il fatto che si vuole agire così. Ecco dimostrato quello che non era un processo alle intenzioni, perché poi si può anche non prendere in giro la gente, dicendo che fai la domanda abbassando il tetto, ma il risultato con cambia. Volete escludere anche coloro che hanno 5 milioni? Fatelo. Forse che tutti quelli che sono al di sotto di questo reddito avranno la possibilità? Io dico che questa ammissione la dice lunga sull'intenzione politica di agire di conseguenza, ovvero i lavoratori che hanno determinate condizioni economiche non per questo navigano nell'oro sono preventivamente esclusi da ciò che loro stessi concorrono quale ad esempio la formazione di quei mezzi che molte volte consentono di realizzare determinate case.

Non condivido questo per queste ragioni, sorgono anche sollecitazioni nei luoghi di lavoro e credo che sia anche questa una questione di tempo come mi pare di capire difetti di maturazione, sarà da qui a qualche tempo come adesso par di capire per gli sfratti sui quali brevemente ritornerò. D'altronde io vorrei, a proposito di non prendere in giro, ri-

cordare che quando discutemmo la legge n. 34 del 1980 ci fu il tentativo, proprio per recuperare determinate categorie mi pare verso gli insegnanti, di fare una deroga a questo riguardo, non ricordo bene ma credo che poi il Governo abbia sollevato obiezioni, comunque il ragionamento che facevo che mentre qui si dice di coprire i posti nella pubblica amministrazione ma alcuni non potranno mai concorrere, si riconosceva in quella circostanza che per gli insegnanti questo inghippo andava sollevato e rimosso. Ora lo si individua per i dipendenti della Polizia secondo me in modo parziale e abbastanza ipocrita perché non si vuole affrontare il problema nella sua globalità. Da una parte respingete le sollecitazioni però siete costretti ad ammettere allora per gli insegnanti, oggi per la polizia, che il limite invalicato va rimosso, solo che si prosegue a spizzichi e mozzichi non facendo un discorso generale.

Ma sulla questione dei criteri usati per gli sfatti, noi dobbiamo prendere atto che a forza di insistere - ecco i difetti di maturazione e i tempi sfasati - abbiamo avuto ragione a porre il problema perché comprendiamo che ci sono delle ricezioni. Si dice che si cerca anche nel corso di questa legge di fare qualche cosa e vedremo. Meglio tardi che mai, l'importante che non si consumino certi sfratti fatti alla grossa. Quando dico questo non è di certo il PCI che ha anche tante responsabilità ed esperienze altrove di amministrazione diretta di questo problema al punto da dire che una volta dentro si copre tutto, ma si deve articolare, per via delle condizioni che consentano subito di lasciare libero l'appartamento per redditi veramente elevati e per condizioni abitative di proprietà e chi invece deve poter pagare di più in base alla consistenza del reddito sapendo che c'è anche una parabola all'interno dei nuclei familiari dove si possono raggiungere degli apici per poi andare anche a ritroso, e non credo che sia il problema casa risolvibile facendo una grande giostra tra bisognosi, dentro te e fuori me ma ancora una volta la via d'uscita più praticabile dovrebbe essere quella di consentire la più elevata soddisfazione possibile tramite la messa a disposizione di questi alloggi. Certo non ce la facciamo per tutti, siamo i primi ad esserne rammaricati, ma fin tanto che non ce n'è per tutti non è attraverso questa mobilità da casa a fuori che si risolve il problema, ma semmai da casa a casa vedendo quali sono le linee praticabili. Una cosa è certa, che anche nei confronti di molti giovani che si sono affacciati al mondo del lavoro e che vorrebbero anche costituire il nucleo familiare, non c'è dubbio che anche questi tipi di impedimenti possono anche porre limiti alla stessa formazione della famiglia. Anche noi vorremmo vedere nel proseguo di questa legge e di queste pratiche proposte che cosa si ritiene di avanzare a proposito del tetto di reddito per coloro i quali dovrebbero rimanere.

Sovente può darsi che le condizioni di coloro i quali siano obbligati a lasciare l'alloggio pubblico si rivolgano a persone in età molto avanzata. A questo riguardo devo dire che qualcuno non pensi di farsi soverchie illusioni nel credere che sia possibile o incentivabile una poli-

tica di acquisto o di costruzione, sia pure con l'aiuto tramite mutui. In parole povere, può darsi che il cinquantacinquenne non se la senta anche per ovvie ragioni di avventurarsi in una cosa che può andare molto avanti nel tempo, considerata l'età. Ecco perché io dico che il problema ha tante e tali sfumature che meritano di essere considerate e soprattutto meritano di essere affrontate e risolte nel modo migliore. Per questo l'insistenza di un ordine del giorno che fa leva anche senza espropriare né il Consiglio né le forze politiche da quelle che sono le competenze, io ho detto che la Giunta provinciale prenda i necessari contatti con le associazioni degli inquilini e le organizzazioni sindacali che sono dotate di conoscenza e strumentazione per cui possono consentire la ricerca di una soluzione migliore possibile.

Questo era e rimane lo spirito del nostro ordine del giorno.

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP):** Es hat keinen Sinn, daß ich Dinge wiederhole, die hier bereits gesagt worden sind, sei es vom Landesrat Pascuali, sei es vom Kollegen Kaserer, und daher möchte ich mich abschließend beschränken, auch wenn der Kollege Mitolo sagt, ich sei immer zu kurz. Ich stelle fest, daß wir einen anderen Begriff der sozialen Gerechtigkeit haben als z.B. der Kollege D'Ambrosio. Seine Argumente werden überall sonst in Italien gutgehen, aber nicht in Südtirol. Für mich ist es jedenfalls nicht faßbar, wenn man sagt, das Institut, die Institutswohnungen sind für die Ärmeren da. Wenn dieser Ärmere dann doppelt so viel verdient als die Schwelle ist - und die Schwelle ist dieselbe wie beim Staat, beim Staat war die Schwelle im Mai 1982 noch 5.500.000, bei uns ist sie neun Millionen bereinigtes Einkommen -, also, wenn dieser ärmere Mensch mehr als das Doppelte verdient als die Schwelle ist, also bei uns 16 Millionen, dann soll er nicht dem Ärmeren Platz machen, der draußen wartet. Und ich habe hier gesagt, am 11. März, wir haben errechnet, außerhalb des Institutes gibt es gut das Fünffache von dieser Zahl, also fünf mal 7.700 Familien, die nicht mehr verdienen, die unterhalb der Einkommensgrenze liegen, die heute maßgebend ist um eine Institutswohnung zu bekommen. Also sollen, nachdem die Institutswohnungen nicht durch Gesetzesbestimmung vermehrt werden können und es geht nicht nur um 2.500, sondern eben um viel viel mehr, sollen mit diesen 30.000 noch konkurrieren, nochmals 30.000, die eben das Doppelte oder mehr verdienen. Ich komme nicht mit diesem Begriff der sozialen Gerechtigkeit. Für mich ist es ein vollkommener Widerspruch, die kommunistische Dialektik wird das selbstverständlich zulassen, aber ich jedenfalls komme nicht mit.

Unser Begriff der sozialen Gerechtigkeit, er ähnelt der, die in Österreich ist oder in Deutschland oder meinetwegen auch in der Schweiz, der hat es jedenfalls so weit gebracht, daß dort die kommunistische Partei herzlich wenige Anhänger hat, wenn man die soziale Gerechtigkeit auch ernst nimmt und nicht so ins Gegenteil verkehrt, wie wir es vom Kollegen D'Ambrosio gehört haben.

**D'AMBROSIO (Segretario - PCI):** interrompe

**BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderten Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP):** Ich bin Ihnen keine Antwort schuldig.

Wenn von "meccanismi perversi" die Rede ist, dann muß ich sagen, das ist ein verkehrter Mechanismus, wenn wir so etwas grundsätzlich zulassen. Wobei wir wissen, aber wie gesagt, das wird nicht zur Kenntnis genommen, daß diesen, die hier gekündigt werden, bis zu 102 Millionen Darlehen, also zinsgünstiges Darlehen angeboten wird. Ich wiederhole, daß es genügend Angebote von Wohnungen gibt, meinetwegen von 50 bis zu 150 Millionen, je nach Größe und Lage, und daß dieser Markt von Kaufwohnungen schon da ist, nicht von Mietwohnungen. Selbstverständlich hätte es keinen Sinn, einzelne Institutswohnungen zu verkaufen, wenschon hätte es einen Sinn, ganze Häuser zu verkaufen, das würde auch bedeuten, eben auch die Ablöse allgemein einzugehen. Darüber haben wir schon gesprochen.

Nur noch eines, was die Institutsmieter zahlen. Also, nach unserem Gerechtigkeitsbegriff zahlen die Institutsmieter tatsächlich einen nicht gerechten Mietzins im Sinne des staatlichen Gesetzes, aber einen gerechten Mietzins nach unserem Gerechtigkeitsbegriff, sie zahlen nicht mehr als 9 bzw. 8%, die Institutsmieter, welche eben weniger als 9 Millionen verdienen. Sie zahlen höchstens 10%. Wenn das nicht gerecht ist. Es ist auch gerecht, daß sie etwas zahlen, daß sie eben mindestens 8% zahlen. Das ist auch gerecht und nicht weil etwa in der Emilia Romagna eine solche Wirtschaft herrscht, deswegen, daß die gerechter ist als hier, wobei, wie gesagt, das Institut, im Verhältnis, um den Mietzins auszugleichen, zwischen dem was sie tatsächlich als sozialen Mietzins zahlen und dem gerechten Mietzins, immerhin 8 Milliarden Verlust erleidet, der vom Land ersetzt wird. Die Provinz Trient, von der eben die Rede ist, 50 km entfernt, hat diesbezüglich, was die Institutsmietzinse betrifft, hat jüngst ein umfassendes Gesetz genehmigt, wo ähnliche Kriterien für die Berechnung der Mietzinse vorgesehen sind und auch was die Abzüge betrifft, die Provinz Trient hat diesbezüglich unser Modell übernommen, was den sozialen Mietzins der Institutsmieter betrifft. Somit kann keine Rede sein, daß hier von Grund auf die Frage der Wohnungszuweisung, des Widerrufs, der Festsetzung des Mietzinses noch im laufenden Jahr neu geregelt werden soll, um den sozialen Charakter stärker zur Geltung zu bringen.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno: respinto a maggioranza con 5 voti favorevoli e 4 astensioni.

La seduta é tolta.

ORE 17.50 UHR